

LANDTAG INTERN

Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen · Ausgabe 6 · 45. Jahrgang · 16. Wahlperiode · 4.6.2014

Hohe Kosten

S. 3, 4

Um viel Geld ging es in zwei aktuellen Stunden. Der Landtag debattierte über mögliche Folgekosten erstens des Ausscheidens des Portigon-Chefs sowie zweitens des Atomausstiegs.

Viele Risse

S. 6

Bergbauschäden treten in Nordrhein-Westfalen immer wieder auf. Im Landtag haben SPD, CDU, GRÜNE und PIRATEN nun einen gemeinsamen Antrag eingebracht, um die Rechte der Geschädigten zu stärken.

Große Lücke

S. 10-13

Vor allem auf dem Land droht Hausärztemangel. Die Herausforderung: den Beruf attraktiver machen und die hausärztliche Versorgung langfristig sichern. Ansätze von Fachleuten und Politik im Schwerpunkt.

Mehr Schutz?

S. 15

Ärztlicher Austausch statt Schweigepflicht beim Verdacht auf Kindesmisshandlung? Die Forderung der Opposition führte bei einer Expertenanhörung zu einem zweigeteilten Echo der Sachverständigen.

Der Nächste bitte!

Zukunft der hausärztlichen Versorgung



Ein Apfel am Tag ...

... soll bekanntermaßen den Doktor unnötig machen. Wäre es so, wäre alles gut. Weil ein Arztbesuch aber doch von Zeit zu Zeit nötig ist – am liebsten nur zur Vorsorge und mit beruhigendem Ergebnis – muss eine gute, bezahlbare und vor allem wohnortnahe ärztliche Versorgung gewährleistet sein. Und zwar sowohl in der Allgemeinmedizin als auch in spezialisierten Fachrichtungen. Und für den Fall des Falles sollte ebenso ein Krankenhaus mit einer entsprechenden Notfallpraxis nicht allzu fern sein. So gesund wir auch leben mögen: Eine gute medizinische Infrastruktur ist unerlässlich.

Noch ist Nordrhein-Westfalen hierbei im Prinzip gut aufgestellt, doch zeichnen sich für die kommenden Jahrzehnte Engpässe ab: Einerseits steigt in einer älter werdenden Gesellschaft der Bedarf an medizinischen Leistungen, andererseits ist bereits jetzt absehbar, dass junge qualifizierte Nachwuchskräfte fehlen – und dies vor allem in ambulanten Praxen im ländlichen Raum. Die Ursachen hierfür sind vielfältig: geringe Attraktivität, eine vergleichsweise lange Arbeitszeit und hohe Kosten für die notwendigen Geräte sind nur einige davon.

Will man das Problem lösen, muss man sich mit einem komplexen Geflecht auseinandersetzen. Da geht es um Kosten- und Abrechnungsmodalitäten, Fragen der Ausbildung, der Förderung im Allgemeinen wie auch im Speziellen, die Rolle des Landes, der Kommunen, der Universi-

täten, der ärztlichen Vereinigungen wie auch der Krankenkassen. Und es geht auch darum, wer denn am Ende für die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung geradesteht. Grund genug für den Landtag, sich mit diesem Zukunftsthema zu beschäftigen. So lud der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales zu einer entsprechenden Fachanhörung und hörte die Ausführungen zahlreicher externer Fachleute.

LÖSUNGSANSÄTZE

Wie können mehr junge Menschen dafür begeistert werden, Ärztin oder Arzt zu werden und dann am liebsten noch mit eigener Praxis auf dem „platten Land“? Oder können alternativ ausländische Fachkräfte helfen? Welche neuen Formen der Zusammenarbeit können den einzelnen Arzt entlasten – und darüber hinaus alle, die in Heil- und Pflegeberufen tätig sind? Schwierige Fragen, die nicht alle auf einmal zu lösen sind, aber rechtzeitig angepackt werden müssen.

Nach der Sommerpause steht dann auch schon das nächste Gesundheitsthema auf der Agenda des Landtags: das Krankenhausgestaltungsgesetz. Die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung verlangt eben einen langen Atem. Und leider bekommt man sie nicht für 'nen Apfel und 'n Ei. *cw*



Schwerpunkt: Hausärztliche Versorgung

Der Druck steigt 10-11

Schlag auf Schlag 12-13

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Inhalt

Aus dem Plenum

Finanzen: Eine Kündigung und ihre Folgen	3
Energie: „Die Atomindustrie ist unkalkulierbar“	4
Wohnen: Zu Hause in	5
Bergbau: Einig gegen Risse	6
Verkehr: Stillstand im Stau?	7
Transparenz: Bürgerbeteiligung wie und wann?	8
Bildung: Knapp drei Jahre Schulkonsens	9

Aus den Ausschüssen

Gesundheit: Kinderschutz versus Schweigepflicht ...	15
Meldungen	18

Gesetzgebung
 14 |

Aus den Fraktionen
 16-17 |

Portrait: Dieter Hilser (SPD)
 19 |

Impressum
 19 |

Termine
 20 |



Eine Kündigung und ihre Folgen

Der Chef der Portigon AG ist weg: Warum? Was kommt jetzt?

14. Mai 2014 – Der Aufsichtsrat der Portigon AG – Rechtsnachfolgerin der WestLB – hat dem Vorstandsvorsitzenden Dietrich Voigtländer das Mandat entzogen, nachdem man sich nicht über einen Anschlussvertrag bei der Portigon-Tochter Portigon Financial Services (PFS) habe einigen können. Dies bestätigten die Sprecher der Regierungsfractionen in einer Aktuellen Stunde im Landtag (Drs. 16/5842). An der Höhe des Gehalts seien die Verhandlungen wohl nicht gescheitert, vermuteten die Sprecher der Opposition. Sie forderten Aufklärung über Gründe und Folgen und kritisierten insbesondere die Abwesenheit des Finanzministers bei der Diskussion im Fachausschuss zu diesem Thema.

„Die Zukunft der Portigon insgesamt erscheint angesichts des Ausscheidens von Herrn Voigtländer ungewisser denn je“, sorgte sich [Christian Möbius](#) (CDU). Denn eigentlich hätte die PFS, die bis Ende des Jahres 2016 privatisiert werden müsse, unter Voigtländers Führung zum Finanzdienstleister entwickelt werden müssen. Scheitere in der Folge nun die Privatisierung, drohe den Steuerzahlenden ein Milliardenrisiko, befürchtete Möbius. Vor diesem Hintergrund hätte der verantwortliche Finanzminister im Ausschuss persönlich erklären müssen, inwiefern das Ausscheiden des Vorstandsvorsitzenden geschäftliche Gründe und Auswirkungen gehabt habe.

Habe es Zweifel gegeben, die Geschäftsziele nicht erreichen zu können?, fragte [Ralf Witzel](#) (FDP) nach den Gründen für das „urplötzliche“ Ausscheiden des Vorstandsvorsitzenden. Es sei nicht glaubwürdig, dass man sich lediglich über Vertragsmodalitäten nicht habe einigen können, da die Rahmenbedingungen hierfür feststünden. Außerdem habe Voigtländer noch Anfang des Jahres im Fachausschuss des Landtags die Perspektiven für seine Arbeit dargelegt. Daher stellten sich Fragen nach der Zukunft der Portigon AG. So wollte Witzel wissen, ob sich Rahmenbedingungen oder Zeitplan geändert hätten und ob den Steuerzahlenden zusätzliche Kosten entstünden.

Sie lancierten Spekulationen und griffen diese anschließend „mit großer Sorge“ auf, kritisierte [Martin Börschel](#) (SPD) die Oppositionsfractionen von CDU und FDP. Ein solches Verhalten sei „heuchlerisch“ und „unwürdig“. Am 6. Mai hätten sowohl der Finanzminister als auch der Vorsitzende des Aufsichtsrats den Obleuten des zuständigen Ausschusses alle Fragen beantwortet. Ein Informationsdefizit gebe es also nicht. Außerdem habe der Finanzminister unwidersprochen auf die seit langem geplante Dienstreise am 8. Mai hingewiesen. Dort habe er insbesondere mit Blick auf den Länderfinanzausgleich die Interessen Nordrhein-Westfalens vertreten.

KONSEQUENZEN

„Sie treten mit Ihrem Verhalten die Interessen Nordrhein-Westfalens mit Füßen“, kritisierte [Mehrhad Mostofizadeh](#) (GRÜNE) CDU und FDP. Voigtländer habe ein Angebot abgelehnt, da man sich über finanzielle Konditionen in der Zeit nach der Privatisierung der PFS nicht habe einigen können. Eine solche Vertragsklausel habe auch Einfluss auf den Verkaufspreis der PFS. Als Folge der fehlenden Einigung habe der Aufsichtsrat Konsequenzen gezogen und sich von Voigtländer



Christian Möbius (CDU)



Ralf Witzel (FDP)



Dietmar Schulz (PIRATEN)

getrennt. Über all dies habe der Finanzminister am 6. Mai die Obleute informiert, um am 8. Mai an Gesprächen über die zukünftige Ausgestaltung des Länderfinanzausgleichs teilzunehmen.

„Was für ein Spiel wird hier eigentlich gespielt?“, wollte für die PIRATEN deren Sprecher [Dietmar Schulz](#) wissen. „Wer hat hier eigentlich wem den Laufpass gegeben?“ Zudem fragte der Abgeordnete nach den tatsächlichen Gründen für den Weggang von Voigtländer. Bei einem Salär von deutlich über 500.000 Euro im Jahr könnten es unmöglich Probleme bei der Vertragsverhandlung bezüglich der PFS sein, vermutete Schulz. Immerhin sei mit Voigtländer eine Gallionsfigur der Portigon-Privatisierung und der WestLB-Abwicklung von Bord gegangen – Vorhaben, für die das Land Nordrhein-Westfalen sowie die Bürgerinnen und Bürger Milliardenbeträge aufbrächten.

Die Trennung von Voigtländer sei angesichts des Scheiterns der Vertragsverhandlungen der richtige und angemessene Schritt gewesen, verteidigte [Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans](#) (SPD) die Entscheidung der Portigon AG. Trotz einer Restlaufzeit des aktuellen Vertrags von dreieinhalb Jahren gebe es keine Abfindung oder Einmalzahlung. Dieses Verhalten rechne er Voigtländer hoch an. Weiteres dürfe er als Mitglied des Aufsichtsrats nicht sagen. Er selbst habe jedenfalls, wie vorher abgesprochen, am Tag der Ausschusssitzung an der Konferenz der Länderfinanzminister teilgenommen, „weil sich das für den Vorsitzenden der Veranstaltung so gehört“.

cw

Fotos: Schälte



Verkehrsminister Michael Groschek (SPD)

Martin Börschel (SPD)

Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans (SPD)

Mehrhad Mostofizadeh (GRÜNE)



„Die Atomindustrie ist unkalkulierbar“

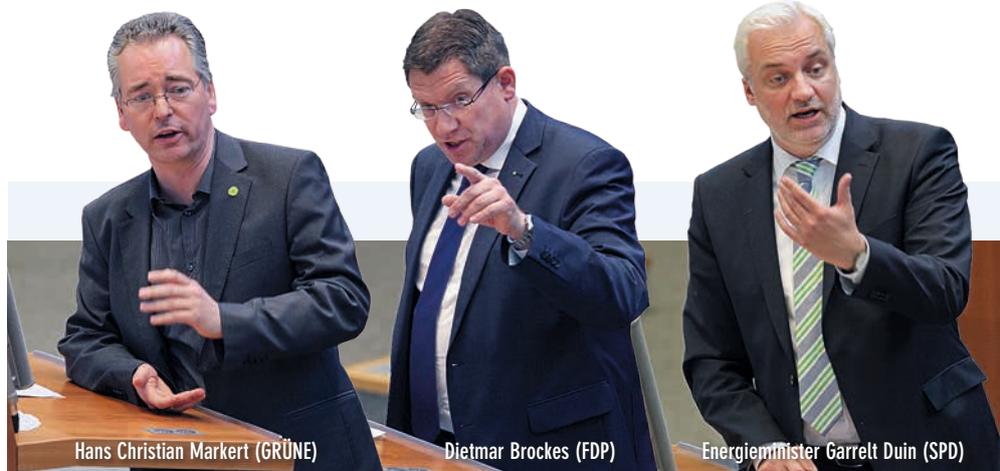
Landtag gegen öffentlich-rechtliche Stiftung zum Atomausstieg

15. Mai 2014 – Es sind keine zehn Jahre mehr bis zum Ende der Kernenergie in Deutschland. Laut Medienberichten gibt es nun einen Vorschlag der Stromkonzerne, die noch laufenden Atommeiler über eine öffentlich-rechtliche Stiftung an den Bund abzutreten. Die Idee: Der Staat betreibt die Kraftwerke bis zum Jahr 2022, zahlt dann aber auch die Milliardenkosten für den Abriss und die Lagerung der Atomabfälle. Offenbar sei den Konzernen klar, dass ihre Rücklagen längst nicht ausreichen, so die Piratenfraktion in einem [Antrag](#). Sie befürchtet, dass die Konzerne die Kosten für den Atomausstieg auf die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler abwälzen könnten. Thema einer Aktuellen Stunde im Landtag.

„Die Stromkonzerne dürfen sich nicht – auch nicht teilweise – aus ihrer gesellschaftlichen Verantwortung herausstellen“, machte [Dietmar Schulz](#) (PIRATEN) deutlich. Die Stiftungsidee, befürchtet er, würde auch die NRW-Kommunen treffen, da diese teils an den Konzernen beteiligt seien. Es könne nicht angehen, dass die Unternehmen über Jahre Gewinne einführen, die Verluste aber auf die Steuerzahlenden abwälzen wollten, betonte Schulz. Zudem kritisierte er, dass die finanziellen Rücklagen der Konzerne für die Folgen der Atompolitik und den Rückbau der Meiler überwiegend in verlustanfälligen Anlagegeschäften steckten.

„SPEKULATIVER“ BERICHT

[Thomas Eiskirch](#) (SPD) bezeichnete die Stiftungs-Debatte auf Basis eines „spekulativen“ Presseartikels als maßlos überzogen. Was aber in der Tat zutraf: „Die Atomindustrie ist unkalkulierbar.“ Dies gelte für die Kosten wie auch sonstige Risiken. Daher lobte Eiskirch den von Rot-Grün vereinbarten Atomausstieg. Nach dem Gesetz sei auch klar, wer den Rückbau und die Atommülllagerung zahlen müsse: die Betreiber. „Es kann nicht sein, dass wir diese Risiken sozialisieren“, so der Abgeordnete. Natürlich könne man anzweifeln, ob die Rücklagen der Kon-



Hans Christian Markert (GRÜNE)

Dietmar Brockes (FDP)

Energieminister Garrelt Duin (SPD)

zerne ausreichen – diese Frage sei aber aktuell nicht vorrangig.

„Diese Debatte ist schon beendet, bevor sie richtig begonnen hat“, meinte der CDU-Sprecher [Thomas Kufen](#). Niemand – weder die Konzerne noch die Bundesregierung – hätten Überlegungen zu einer „Bad Bank“ für die Atomindustrie bestätigt. Losgelöst vom Stiftungsmodell gebe es natürlich Handlungsbedarf: Die Unternehmen müssten Geld für den Atomausstieg und dessen Folgen auch in für sie schwierigen Zeiten zurücklegen. Bislang seien sie den finanziellen Verpflichtungen nach dem Verursa-

ein Fondsmodell als diskussionswürdig, doch nicht zu von den Konzernen diktierten Vorgaben.

Auf Spekulationsbasis politische Debatten zu führen, bewertete [Dietmar Brockes](#) (FDP) als falsch. Die Kanzlerin habe bereits gesagt, dass ein Atomfonds nicht verhandelt werde. Auch den von der Piratenfraktion genannten NRW-Bezug könne er nicht erkennen: „Ihre Feststellung, dass NRW sofort zur Kasse gebeten werden soll, ist hanebüchen.“ Die Kosten für den Atomausstieg seien jedoch durchaus ernst zu nehmen. „Zuständig sind die Betreiber, dabei sollte es auch bleiben“, befand Brockes. Es sei daher wichtig, den Energiemarkt so zu gestalten, dass die aktuell noch benötigten fossilen Kraftwerke weiter Geld zurücklegen könnten.

Ob Testballon oder Aufguss eines eigentlich kalten Kaffees: Auch [Energieminister Garrelt Duin](#) (SPD) betonte, dass weder die Bundesregierung noch die Konzerne den Presseartikel bestätigt hätten. Über die Folgen und Kosten des Atomausstiegs müsse die Politik anhand von gesicherten Konzepten diskutieren, forderte der Minister. Dabei sei sich die Landesregierung einig: „Wir lassen die Unternehmen nicht aus der Verantwortung.“ Sie müssten die Kosten tragen, nicht die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, betonte Duin. Es sei aber auch zu berücksichtigen, dass die Wirtschaftlichkeit von Kraftwerken zunehmend infrage stehe.

bra



Fotos: Schälte

Dietmar Schulz (PIRATEN)

Thomas Eiskirch (SPD)

Thomas Kufen (CDU)



Zu Hause in ...

Wohnungspolitik: Fortschritt oder Eigenlob?

15. Mai 2014 – Ob demografischer Wandel, Klimaschutzziele, knappe öffentliche Kassen oder verwaarloste Appartements in Investorenhand: Die soziale Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik des Landes stehe vor großen Herausforderungen, konstataren SPD und GRÜNE in einer Großen Anfrage (Drs. 16/4768). Darin wollen sie wissen, wie sich der Wohnungsmarkt in NRW nach Einschätzung der Regierung aktuell und zukünftig darstellt. Ziel müsse es sein, die Lebensqualität in den Quartieren als „Heimat vor der Haustür“ zu sichern. Die Anfrage und die Antwort der Landesregierung (Drs. 16/5609) sorgten zwei Wochen vor der Kommunalwahl für eine Debatte im Plenum – aus Sicht der Oppositionsfaktionen eine reine Selbstdarstellung der Regierung.

„Weder Slums noch Reichengettos tun unserer Gesellschaft gut“, unterstrich [Jochen Ott](#) (SPD). In erster Linie gehe es bei der sozialen Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik daher um lebendige und vielfältige Quartiere mit bezahlbaren Wohnungen. Dies bezeichnete Ott als Teil einer erfolgreichen Präventionspolitik. Regional unterschieden sich die Ausgangslagen stark: Es gebe schrumpfende wie auch wachsende Gebiete sowohl auf dem Land als auch in Städten. Nach Auffassung von Ott wird der Markt alleine die Herausforderungen nicht meistern. Es sei wichtig, wie geschehen, Förderprogramme zu bündeln und die Quartiere quasi aus einer Hand zu entwickeln.

KLARE FÖRDERPOLITIK

„Der Wohnungsmarkt spaltet sich“, stellte [Daniela Schneckenburger](#) (GRÜNE) fest. Die Mieten stiegen vielerorts, vor allem auf der Rheinschiene und in den Unistädten – das gehe aus der Antwort der Regierung auf die Große Anfrage hervor. Wohnungspolitik brauche eine klare Förderpolitik und einen verlässlichen ordnungspolitischen Rahmen. Für beides habe Rot-Grün in den vergangenen Jahren gesorgt, so Schneckenburger. „Privat und Staat müssen sich auf dem Wohnungsmarkt ergänzen“, meinte sie. Ziel sei, dass Jung und Alt in Quartieren zusammen wohnten und sich unterstützten. Auch der Klimaaspekt und bezahlbare Heizkosten seien zentral.

„Welchen Zweck hat die Große Anfrage, die hier gestellt worden ist, überhaupt?“, fragte [Bernhard Schemmer](#) (CDU). Dies sei doch ein Instrument der Opposition. Der Abgeordnete warf SPD und GRÜNEN vor, der Regierung eine Bühne zum Eigenlob bieten zu wollen. Allerdings zeuge deren Antwort von Fehleinschätzungen und mangelnder Datenkenntnis. Demnach habe Rot-Grün mit dem Zensus 2011 urplötzlich festgestellt, dass in NRW deutlich weniger Menschen lebten und es mehr Wohnungen gebe als angenommen. Zudem seien die Statistiken zu den Leerstandsquoten widersprüchlich. Schemmer

forderte: „Erarbeiten Sie einfach eine korrekte Datengrundlage!“

Auch [Holger Ellerbrock](#) (FDP) warf Rot-Grün Selbstdarstellung vor. Er kritisierte das gezeichnete „Zerrbild“ eines Landes voller Probleme und die Schlussfolgerung, dass eine staatliche Mietpreisaufsicht notwendig sei. Ellerbrock betonte: „Mit Nordrhein-Westfalen haben wir ein Land, auf das wir stolz sein können.“ Natürlich gebe es die einen oder anderen Probleme. Hier gelte es aber, gemeinsam die Hinweise der Enquete-Kommission zum Wohnungsmarkt umzusetzen. Kritik übte Ellerbrock darüber hinaus an den Indikatoren der geplanten Mietpreisbremse. Diese stellten etwa Bottrop als einen angespannten Wohnungsmarkt dar, was de facto nicht zutrefte.

SPD und GRÜNE wollten sich im Wahlkampf offenbar selbst feiern, stimmte [Olaf Wegner](#) (PIRATEN) zu – mit einer Zusammenstellung von Bekanntem. Seine Fraktion freue sich zwar, dass die Ergebnisse der Enquetekommission nachwirkten. Es ärgere ihn aber, wenn sich die Regierung und die sie tragenden Fraktionen als „Speerspitze der wohnungspolitischen Avantgarde“ darstellten. „Es gibt nämlich noch sehr viel zu tun“, bemerkte der Abgeordnete. Rot-Grün habe die Wohnraumförderung faktisch gekürzt, die für bislang 59 Kommunen geplante Mietpreisbremse reiche nicht aus, und das neue Wohnungsaufsichtsgesetz sei weichgespült.

NRW sei in der Wohnungs- und Städtebaupolitik endlich bündnisfähig geworden, lobte hingegen der zuständige [Minister Michael Groschek](#) (SPD). Zusammen mit den Verbänden, der NRW Bank, der Architektenkammer und dem Mieterbund habe das Land die Wohnraumförderung neu ausgerichtet. „Unser intellektuelles Konzept ist die Absage an eine Politik, die vergisst, dass Heimat vor der Haustür ein soziales Grundrecht ist“, so Groschek. Es gehe darum, soziale Spaltung zu verhindern, Klimaquartiere zu schaffen und ausgestorbene Fußgängerzonen als Wohnraum neu zu beleben. Zum neuen Aufsichtsgesetz sagte er: „Ich glaube, dass die Wohnungspolitik viel Erfolg haben wird.“ *bra*

Foto: Schälte



Einig gegen Risse

Bergschäden: Rechte Betroffener sollen gestärkt werden

14. Mai 2014 – Die wertvollsten Beschlüsse in Bergbauangelegenheiten seien immer solche, die von einer großen Mehrheit getragen würden. Dieser Aussage des Abgeordneten Josef Wirtz (CDU) folgend haben SPD, CDU, GRÜNE und PIRATEN im Landtag einen **gemeinsamen Antrag** eingebracht, um die Stellung der Betroffenen von Bergwerksschäden zu stärken. So fordern die Fraktionen die Landesregierung auf, die Betroffenen über eine Bundesratsinitiative auch bei Schäden im Bereich des Braunkohletagebaus aus der Beweispflicht zu entlassen. Damit würde eine Gleichstellung gegenüber dem Untertagebergbau erreicht. Diskussionen gab es über die Frage, warum die FDP dem Antrag am Ende nicht zustimmen konnte.

Man wolle Betroffene und Bergbauunternehmen auf Augenhöhe bringen, erläuterte **Peter Münstermann** (SPD) den Antrag. So sollen im Interesse der Betroffenen unter anderem die rechtlichen Rahmenbedingungen verbessert werden. Konkret plädierte der Abgeordnete dafür, auch im Braunkohletagebau bei vermuteten Bergschäden die Beweislast umzukehren. Ausgeweitet werden solle das Instrument der Schlichtungs- und Anrufungsverfahren. Ziel sei es, eine einheitliche Schlichtungsstelle für alle Bergbaubetroffenen einzurichten, so Münstermann. Diese solle dann auch den Salzbergbau miteinbeziehen.

Als bisher stärkstes und nachhaltigstes Signal wertete **Josef Wirtz** (CDU) den vorliegenden „umfassenden Antrag“. Das sei auch dringend nötig, um das Akzeptanzproblem des Bergbaus zu lösen. Mit dem Antrag unterstreiche man ebenso, dass der Bergbau noch einige Zeit notwendig sei, um während der Energiewende eine zuverlässige und bezahlbare Stromversorgung sicherzustellen. Wie sein Vorredner unterstrich Wirtz die angestrebte Beweislastumkehr. Darüber hinaus, betonte er, solle der Sicherheitsabstand zum nächsten Wohnhaus an den Rändern

der Tagebaue Inden und Garzweiler von 100 auf 200 Meter ausgeweitet werden.

Man wolle geschlossen auftreten, um über eine Bundesratsinitiative das Bundesbergrecht insbesondere bei vermuteten Bergschäden zu ändern, unterstrich **Gudrun Zentis** (GRÜNE). Dringender Handlungsbedarf sei bei der Anrufungsstelle für Betroffene aus dem Bergbaurevier gegeben; die Rechte der Geschädigten seien zu stärken. Gesichert werden müssten aber auch die Rechte der Betroffenen des Steinkohlebergbaus nach dessen Auslaufen im Jahr 2018. Die FDP trage den Antrag offenbar deshalb nicht mit, weil sie den Zusammenhang zwischen Klimaschutz und Braunkohleabbau bzw. -verstromung verneine.

KOMPROMISS GESCHEITERT

Dass es nicht gelungen sei, den Antrag mit allen Fraktionen zu unterstützen, bedauerte **Kai Schmalenbach** (PIRATEN). Bei einem gemeinsamen Ziel seien eben Kompromisse nötig. Es sei daher bedauerlich, dass SPD und GRÜNE an dem Absatz zum Klimaschutzplan festgehalten

hätten. Dieser sei für das Ziel, eine Augenhöhe zwischen den Beteiligten zu erreichen, nicht relevant, aber eben für die FDP nicht annehmbar gewesen. Auch kritisierte Schmalenbach, dass Rot-Grün anstelle einer gemeinsamen Presseerklärung aller Antragsteller eine eigene herausgegeben habe. Dies sei nicht nachvollziehbar.

In Berlin werde NRW vor allem erfolgreich sein, wenn der Landtag mit einer Stimme spreche, betonte **Dietmar Brockes** (FDP). Es sei daher ein bitterer Moment gewesen, als Rot-Grün den Konsens eines eigentlich gemeinsamen Antrags aller Fraktionen aufgekündigt habe. Plötzlich sei es nicht mehr nur um die Bergbaubetroffenen gegangen, sondern auch um die klimapolitischen Ziele der GRÜNEN: „Ein Mehrwert für die Betroffenen hat der Antrag dadurch aber nicht erhalten“, kritisierte Brockes. Für diese fordere die FDP in einem eigenen Entschließungsantrag im Übrigen nun weitergehende Rechte ein.

Der Bergbau habe heute nur dann eine Chance, wenn er den Interessen der betroffenen Anwohnerinnen und Anwohnern sowie der Kommunen umfassend Rechnung trüge, meinte Minister **Guntram Schneider** (SPD). Notwendig seien von daher Transparenz und ein fairer Ausgleich der Interessen. Vor diesem Hintergrund begrüße die Landesregierung die Initiative der vier Fraktionen. Sie werde die in dem Antrag geforderte Bundesratsinitiative zur Risswerksführung sowie in Sachen Beweislastumkehr auf den Weg bringen. Des Weiteren werde sie die von der FDP vorgebrachten Punkte prüfen.

cw

Abstimmung

Der Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, GRÜNEN und PIRATEN (**Drs. 16/5750**) wurde gegen die Stimmen der FDP-Fraktion angenommen. Der Entschließungsantrag der FDP (**Drs. 16/5851**) wurde mit der Mehrheit von SPD und GRÜNEN abgelehnt.



Gäste im Landtag

Der Landtag ist auch ein Ort der Begegnung und des Austauschs mit ausländischen Gästen. So konnte Landtagspräsidentin Carina Gödecke im Mai die Botschafterin Palästinas in der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Khoulood Daibes, sowie den italienischen Generalkonsul, Emilio Lolli, begrüßen. Der Landtag setzt sich stets für gute Beziehungen zu anderen Ländern und Regionen ein.

Fotos: Schälte





Stillstand im Stau?

CDU fordert besseres Management von Autobahnbaustellen

14. Mai 2014 – Stau gefällt niemandem. Kaum ein Problem weist einen solch breiten gesellschaftlichen Konsens auf wie der Stillstand auf der Autobahn. Was tun? Vorschläge von der CDU-Fraktion, um Bauzeiten zu verkürzen.

„Wo sind wir spitze? Bei den Staus“, kritisierte [Bernhard Schemmer](#) (CDU). Der ADAC spreche von 221.000 Kilometer Stau im Jahr 2013 in NRW. Als Beispiele nannte er Baustellen an der A 40, A 31, A 52 und A 59. Grund seien verkehrte Planungen der Landesregierung. Deshalb fordere die CDU-Fraktion ein professionelles Baustellenmanagement, eine bessere Bündelung der Arbeiten, die Ausnutzung der Tageshelligkeit von April bis Oktober, sechs statt nur fünf Wochenarbeitsstage an Baustellen und bei stark befahrenen Straßen auch Nacht- und Wochenendarbeit. Zudem müssten die Baufirmen vertraglich geregelt finanziell belohnt oder bestraft werden, wenn sie weniger bzw. mehr Zeit bräuchten als vereinbart.

„Wir haben vier- bis fünfmal so lange Staus wie das CDU-Paradies Sachsen, aber auch acht-zehnmal so viel Autobahnkilometer“, verwies [Achim Tüttenberg](#) (SPD) auf den Vergleichsmaßstab, der zugrunde zu legen sei. Unter dem früheren CDU-Verkehrsminister habe es ebenfalls endlose Staumeldungen gegeben, fügte er hinzu. Tüttenberg verwahrte sich gegen die Unterstellung, das Baustellenmanagement, gesteuert vom Landesbetrieb Straßen NRW, sei unprofessionell: „Wie kommen Sie eigentlich dazu, dem ausgerechnet von Ihnen brutal zusammengestrichenen Landesbetrieb und dessen Beschäftigten, die trotz hohen Arbeitsdrucks kompetent und qualifiziert arbeiten, so kaltschnäuzig die Professionalität abzuerkennen?“

NACHTARBEIT SCHWIERIG

Mit ADAC-Zahlen zu argumentieren, sei ein mutiges Unterfangen, scherzte [Arndt Klocke](#) (GRÜNE). Das Argument des staureichsten Bundeslandes habe etwa dasselbe Niveau wie die Aussage, NRW sei das geburtenreichste Bundesland, kritisierte auch Klocke einen fehlenden Vergleichsmaßstab. Ein professionelles Baustellenmanagement gebe es trotz einzelner Mängel und Probleme seit Jahren. Gegen mehr Nachtarbeit spreche sogar laut CDU-geführtem Bundesverkehrsministerium ein erhöhtes Unfallrisiko, die nächtliche Ruhestörung und das Budget für Baustellenpersonal. Sinnvoll fand der Abgeordnete die geforderte

Bonus-Malus-Regelung bezüglich pünktlicher Fertigstellung in Verträgen mit den Baufirmen.

Die CDU spreche zu Recht das Baustellenmanagement an, meinte [Christof Rasche](#) (FDP). Verbesserungsmöglichkeiten sah auch er in einer effizienteren Ausnutzung der Zeit von April bis Oktober und in Nachtbaustellen, auch wenn es dafür Grenzen gebe. Klar sei aber doch: „Unnötige Baustellen verursachen unnötige Staus. Es sollte Ziel dieses Hohen Hauses sein, diese zu vermeiden.“ Die Hauptursache für Staus sah Rasche jedoch in den Engpässen auf den Straßen. Vor diesem Hintergrund kritisierte er die Landesregierung für unbegründet verhängte Planungsstopps sowie die Große Koalition in Berlin, die sich nicht an die Empfehlungen der Bodewig-Fachkommission halte.

„Die Baustellen sind ja nicht nur Verursacher von Staus, sondern auch Folge dieser ganzjährigen Überlastung“, erklärte [Oliver Bayer](#) (PIRATEN). Deshalb sprach er sich trotz deren Popularität kurz vor den Sommerferien weniger für einzelne, von der CDU geforderte Kurzfristmaßnahmen aus wie etwa die Seitenstreifennutzung sowie Nacht- und Samstagsbaustellen. Größere Chancen für bessere Lösungen sah Bayer in einem langfristigen Ansatz: Der öffentliche Personenverkehr müsse ganzjährig so attraktiv werden, dass mehr Pendlerinnen und Pendler die Möglichkeit sähen, ihr Auto stehen zu lassen. Das erfordere ein substanzial besseres Angebot bei Bussen und Bahnen durch Innovation und Investition.

[Verkehrsminister Michael Groschek](#) (SPD) wunderte sich mit Blick auf Schemmer, „welch dicke Pflastersteine Sie aus dem Glashaus schmeißen“. Denn unter Schwarz-Gelb sei NRW spitze beim Personalabbau der Verkehrsplaner ge-

wesen: „Das ist Teil der Misere, die wir heute ausbaden müssen.“ Trotzdem sei es dem Landesbetrieb Straßen NRW unter höchsten Anstrengungen gelungen, die Baumaßnahme an der A 52 glänzend zu bewältigen und bei der A 59 ein Baustellenmanagement zu erbringen, das deutschlandweit als alternativlos gefeiert werde. Übrigens werde in NRW mehr als ein Drittel aller Tagesbaustellen inzwischen nachts absolviert. Bonuszahlungen bei überpünktlicher Erledigung verbiete der Bund, so Groschek. *sow*

Direkte Abstimmung

Mit einer Mehrheit aus SPD, GRÜNEN und PIRATEN lehnte der Landtag den Antrag ([Drs. 16/5765](#)) gegen die Stimmen von CDU, FDP und des fraktionslosen Abgeordneten Stein ab.



Foto: Schälte



Bürgerbeteiligung wie und wann?

Meinungsunterschiede über Fortschritte bei digitaler Mitwirkung

15. Mai 2015 – Alle Fraktionen wollen die Transparenz der politischen Arbeit weiter ausbauen. In einer aktuellen Debatte dazu wurde insbesondere die [Kremser Erklärung](#) gelobt, die die gemeinsame Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente, des Deutschen Bundestags, des Bundesrates und des Südtiroler Landtags im Juni 2013 zu diesem Thema verabschiedet hat. Forderungen, die die Piratenfraktion nun in einem [Antrag](#) vorlegten, fanden dagegen nicht die Unterstützung der anderen Fraktionen.

Beispielsweise fordern die PIRATEN, dass die breite Öffentlichkeit auf die parlamentsinterne Dokumentendatenbank inklusive der dazugehörigen Metadaten zugreifen können soll. Dies würde Sonderlösungen mit zusätzlichen

gibt es laut Töns bereits. Sie werde aktuell besonders von der Verfassungskommission praktiziert. Bürgerinnen und Bürger könnten der Kommission eigene Vorschläge unterbreiten, so Hendriks. Den Ergebnissen der Verfassungs-

ordneten seien Teil dieser Gesellschaft, stellte Hendriks fest.

Es sei in dem einen Jahr nach Verabschiedung der Kremser Erklärung zu wenig geschehen, kritisierte Marsching. Bürgerinnen und Bürger sollten die Möglichkeit erhalten, nicht nur über Wahlen, sondern auch grundsätzlich an der politischen Meinungsfindung mitzuwirken. Notfalls würden die PIRATEN dies selbst in die Hand nehmen, kündigte Marsching an.

„Eigentlich ist der Streit über das Tempo das Entscheidende“, fasste [Oliver Keymis](#) (GRÜNE) die Debatte aus seiner Sicht zusammen. Für die GRÜNEN sei jedenfalls nicht die Geschwindigkeit, sondern die Sorgfalt wichtig. In jedem Fall müsse die Arbeit auf der Grundlage der Verfassung stattfinden, verwies Keymis zum Beispiel auf Bestimmungen des Datenschutzes.

Dies unterstützte Wedel und betonte, Open Government sei ein Prozess und könne nicht in



Kosten schaffen, verwies [Markus Töns](#) (SPD) auf eine Vorlage der Landtagspräsidentin zu diesem Thema. Bereits jetzt sei es möglich, alle öffentlichen Dokumente wie zum Beispiel Gesetzentwürfe, Anträge und Protokolle einzusehen, betonte [Heiko Hendriks](#) (CDU). Außerdem könne man sich auf der Homepage des Landtags über die Stichwortsuche und die Anzeige von Beratungsverläufen über die Themen der politischen Arbeit informieren, erklärte [Dirk Wedel](#) (FDP). Des Weiteren würden seit Jahren Plenarsitzungen und verstärkt auch öffentliche Anhörungen live im Internet übertragen und stünden anschließend im Archiv bereit, fügte er hinzu.

Der öffentliche Zugriff auf den bislang nur landtagsinternen Dokumenten-Aboservice, der im Rahmen des Projekts papierarmer Landtag (OPAL) eingerichtet wurde, sei bereits in das Aufgabenprogramm des Parlaments aufgenommen worden, erklärte Töns zur zweiten Forderung der PIRATEN. Allerdings stecke dieses System noch in den Kinderschuhen, ergänzte Hendriks, und sollte daher nicht vorschnell für eine externe Nutzung geöffnet werden.

Die drittens von den PIRATEN geforderte Beteiligung der Bevölkerung an Anhörungen

kommission zu diesem Thema solle man nicht vorgehen.

BREITES ANGEBOT

Viertens fordern die PIRATEN in ihrem Antrag eine Arbeitsgruppe zur digitalen Öffnung des Parlaments. Auch diese gebe es bereits, antwortete Töns. Er würde sich wünschen, das Thema der digitalen Beteiligung nach dem Vorbild des Deutschen Bundestages mit Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft zu erörtern, erläuterte [Michele Marsching](#) (PIRATEN) die Forderung. Auch die Abge-

einem Guss umgesetzt werden. Daher sei es notwendig, ausgewogene Lösungen zu entwickeln, die allen Beteiligten gerecht würden. „Wir wollen gemeinsam dafür sorgen, dass dieses Parlament in Kontakt mit seinen Bürgerinnen und Bürgern bleibt und dieser Kontakt ständig ausgebaut wird“, so Keymis zur Ausweitung der Transparenz.

CW

Abgelehnt

Gemäß der Beschlussempfehlung des Hauptausschusses ([Drs. 16/5786](#)) wurde der Antrag der PIRATEN ([Drs. 16/5479](#)) abgelehnt.

Nebeneinkünfte der Abgeordneten

In einem weiteren Antrag ([Drs. 16/5745](#)) fordert die Piratenfraktion, dass die Abgeordneten ihre Nebeneinkünfte nicht nur der Landtagspräsidentin anzeigen, sondern generell offenlegen sollen. In einem Entschließungsantrag legten daraufhin SPD und GRÜNE Eckpunkte für „moderne und praktikable Trans-

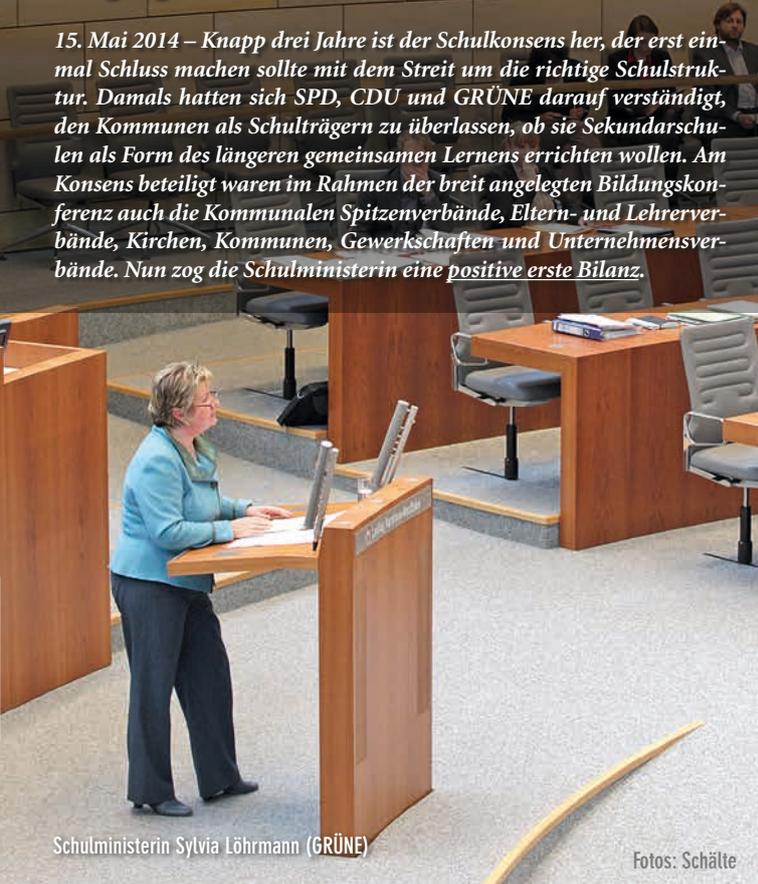
parenzregeln“ vor ([Drs. 16/5876](#)). Für eine Regelung, die von einer breiten Mehrheit der Landtagsabgeordneten getragen kann, sprachen sich CDU und FDP aus ([Drs. 16/5882](#)). Die Anträge wurden an den Hauptausschuss überwiesen, um – wenn möglich – noch vor der Sommerpause eine Einigung zu erzielen.



Knapp drei Jahre Schulkonsens

Erste Bilanz nach interfraktioneller Einigung zur Schulstruktur in NRW

15. Mai 2014 – Knapp drei Jahre ist der Schulkonsens her, der erst einmal Schluss machen sollte mit dem Streit um die richtige Schulstruktur. Damals hatten sich SPD, CDU und GRÜNE darauf verständigt, den Kommunen als Schulträgern zu überlassen, ob sie Sekundarschulen als Form des längeren gemeinsamen Lernens errichten wollen. Am Konsens beteiligt waren im Rahmen der breit angelegten Bildungskonferenz auch die Kommunalen Spitzenverbände, Eltern- und Lehrerverbände, Kirchen, Kommunen, Gewerkschaften und Unternehmensverbände. Nun zog die Schulministerin eine positive erste Bilanz.



Schulministerin Sylvia Löhrmann (GRÜNE)

Fotos: Schälte

Der Konsens, so [Schulministerin Sylvia Löhrmann](#) (GRÜNE), wirke stärker als erwartet und trage sowohl dem Elternwillen nach längerem gemeinsamen Lernen als auch dem demografiebedingten Schülerrückgang Rechnung: Die meisten der ab Sommer voraussichtlich bestehenden 110 neuen Sekundarschulen und 73 neuen Gesamtschulen befänden sich im kreisangehörigen Raum. Kommunen hätten sich zu einem gemeinsamen wohnortnahen Schulangebot entschlossen oder Teilstandortlösungen umgesetzt. Die Alternative sei – wie im Osten Deutschlands –, gar keine Schule mehr vor Ort zu haben. Insofern bewertete Löhrmann die Entwicklung auch als gelungene Strukturpolitik.

Bezugnehmend auf die verhandelte Laufzeit des Kompromisses fragte der CDU-Fraktionsvorsitzende [Armin Laschet](#): „Bedeutet dieser Konsens, dass wir bis zum Jahre 2023 nicht mehr über Schulpolitik streiten und in der Bildungspolitik keinen Dissens mehr haben?“ Es sei schließlich Aufgabe der Opposition, die Landesregierung an ihren selbst gesteckten Zielen

zu messen. Die im Wahlkampf von Rot-Grün verkündete Entscheidung gegen Gymnasien, Real- und Hauptschulen habe der Schulkonsens glücklicherweise verhindert: Heute stehe das gegliederte Schulsystem in der Verfassung. Beim Turbo-Abitur, der Inklusion und anderen Bildungsthemen seien aber noch Debatten nötig.

Bei aller Bereitschaft zum inhaltlichen Streit wünschte sich [Renate Hendricks](#) (SPD) auch für die Zukunft differenzierte, pragmatische und konstruktive Debatten zur Schulpolitik. Im Übrigen habe die SPD auch im Wahlkampf nicht Gymnasien abschaffen wollen, sondern eine Entwicklung von unten nach oben angestrebt, korrigierte sie ihren Vordränger. Notwendigkeiten der Nachjustierung im Rahmen der Bildungskonferenz sah die Abgeordnete unter anderem bei Fragen der interkommunalen Zusammenarbeit, der Lehrerressourcen an Teilstandorten und bei Kooperationsvereinbarungen, die Se-

kundarschulen mit Schulen schließen müssen, die eine gymnasiale Oberstufe anbieten.

„Sie hat das Kunststück fertiggebracht, in ihrer Unterrichtung über eine erste Bilanz des Schulkonsens zu allen praktischen Umsetzungsproblemen zu schweigen“, sagte [Christian Lindner](#), FDP-Fraktionsvorsitzender, über die Schulministerin und forderte eine ehrliche Bilanz ein. Denn vor Ort mangle es an Wahlfreiheit und Schulangeboten: Die Sekundarschule verdränge mancherorts andere Schulformen, und auch die Umsetzung der Inklusion gefährde die Förderschulen. Beides beschneide Elternwillen und Wahlfreiheit. „Sie wollen Bildungsgerechtigkeit und opfern dafür Bildungsqualität“, kritisierte er. Das Gymnasium als beliebteste und erfolgreichste Schulform werde vernachlässigt.

VERFASSUNGSÄNDERUNG

[Sigrid Beer](#) (GRÜNE) warf Lindner Legendenbildung vor: Gymnasien hätten dieselben Rechte wie die anderen Schulformen. Politischer Dissens lasse sich aushalten, aber die FDP habe sich damals aus der Bildungskonferenz und damit aus dem Diskurs verabschiedet und führe nun die alte Separationsdebatte. Das gegliederte Bildungssystem habe übrigens zuvor schon in der Landesverfassung gestanden; neu hinzugekommen sei der Verfassungsrang des längeren gemeinsamen Lernens. Und Inklusion, so Beer, sei kein Zustand, sondern ein Prozess, in dem weiter um die besten Lösungen gerungen werde und für den die Regierung in dieser Wahlperiode über 1 Milliarde Euro bereitstelle.

[Monika Pieper](#) (PIRATEN) sah im Schulkonsens weder den Anfang noch das Ende der NRW-Schulpolitik, sondern schlicht einen Kompromiss von drei Fraktionen. Und ein guter Kompromiss zeichne sich bekanntlich dadurch aus, dass alle Beteiligten nachher unzufrieden seien, wie die Debatte zeige. So sei die Sekundarschule kein Wunschmodell, sondern ein Kompromiss, mit dem niemand ganz zufrieden sei. Auch ihre Fraktion nicht: Mancherorts bestehe, wie von Lindner beschrieben, keine Wahlfreiheit mehr, weil Sekundarschulen Schließungen anderer Schulen nach sich zögen. Die Entwicklung gehe Richtung Zwei-Säulen-System: Gymnasium plus eine Schule des längeren gemeinsamen Lernens.

sow



Armin Laschet (CDU)



Renate Hendricks (SPD)



Christian Lindner (FDP)



Sigrid Beer (GRÜNE)



Monika Pieper (PIRATEN)



Der Druck steigt

Anhörung zum Hausärztemangel auf dem Land

22. Mai 2014 – In einer umfassenden Expertenanhörung haben zahlreiche Sachverständige zum Thema Ärztlemangel in ländlichen NRW-Regionen Stellungnahmen und Einschätzungen abgegeben. Unter anderem ging es dabei um die Fragen, wie man die hausärztliche Versorgung in ländlichen Regionen sicherstellen und den Beruf attraktiver machen könne. Der Anhörung zugrunde lagen ein Antrag der CDU-Fraktion sowie ein Entschließungsantrag von SPD und GRÜNEN.

Bezüglich einer allgemeinen Einschätzung waren sich die Sachverständigen nicht ganz einig. „Der Mangel ist da“, sagte etwa Ansgar von der Osten von der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe. Dirk Ruiss vom Verband der Ersatzkassen dagegen sah keinen direkten Ärztemangel und warnte davor, in Hysterie zu verfallen. Differenzierter sahen es die meisten Sachverständigen: Mit Blick auf den demografischen Wandel werde sich das Problem verschärfen. Es betreffe aber weniger Fachärztinnen und -ärzte und weniger das ärztliche Krankenhauspersonal als vielmehr den Hausarzt, und diesen vor allem in ländlichen Regionen. Weil man aber nicht mehr auf einen „Speckgürtel an Krankenhäusern“ (von der Osten) zurückgreifen könne, es also auch dort nicht mehr übermäßig viele fachärztliche Kräfte gebe, fehlten perspektivisch auch Fachärzte, die eine Grundversorgung mitübernehmen könnten. Und für kleine Orte gelte: Wo der Hausarzt fehle, fehle der Facharzt erst recht, gab Dr. Theodor Windhorst von der Ärztekammer Westfalen-Lippe zu bedenken.

„Wir haben keinen Arzt-Kopf-Mangel, sondern einen Arzt-Zeit-Mangel“, konkretisierte Bernd Zimmer von der Ärztekammer Nordrhein. 50 bis 60 Wochenstunden und bei Bedarf noch drei Bereitschaftsdienste – dazu sei der medizinische Nachwuchs nicht mehr bereit. Wie auch immer: Demografiebedingt sei mehr Hausarzt-Zeit nicht mittelfristig notwendig, sondern übermorgen, betonte Wolfgang Meunier vom Deutschen Hausärzterverband.

Insgesamt bewertete Windhorst die landespolitischen Bemühungen als ausgesprochen positiv. Ruiss unterstrich: In keinem anderen Bundesland gebe es vergleichbare Initiativen wie das Aktionsprogramm „Hausärztliche Versorgung“ – allerdings gebe es auch nirgendwo ein Patentrezept.

PTA-Ausbildung

In der Anhörung ging es außerdem um die Zukunft der Ausbildung pharmazeutisch-technischer Assistentinnen und Assistenten (PTA). Gemeinnützige Vereine müssten das Schulgeld so erhöhen, dass Bewerberzahlen zurückgingen und Schulen schließen müssten, obwohl es einen erhöhten Bedarf gebe. Vor diesem Hintergrund sollten Land oder Bund die Ausbildungsfinanzierung übernehmen oder zumindest unterstützen, forderten Branchenverband und Praktikerinnen.

1. Stellschraube: Ausbildung

Um mehr junge Menschen für den Beruf der Hausärztin oder des Hausarztes zu begeistern, müsse man an den Hochschulen ansetzen, meinten einige Sachverständige. Viele forderten, die Zahl der entsprechenden Studienplätze zu erhöhen. Meunier ergänzte, wacklige Stiftungslehrstühle nutzten dabei überhaupt nichts; notwendig seien genügend Lehrstühle im ganzen Land. Gerade das Fach Allgemeinmedizin dürfe nicht nur singular, sondern müsse an allen medizinischen Fakultäten angeboten werden, forderte Thomas May vom Wissenschaftsrat. Da im Raum Ostwestfalen-Lippe (OWL) der drohende Ärztemangel besonders hoch sei, hielt Dr. Thomas Krössin vom Zentrum für Innovation in der Gesundheitswirtschaft OWL es für besonders wichtig, vor Ort auszubilden. Er lobte eine entsprechende Kooperation mit der Universität Bochum, denn dezentrale Strukturen hätten einen Klebeffekt: Bei sechs Jahren Studium plus ggf. Promotion plus fachärztlicher Ausbildung komme man leicht auf 15 Jahre – eine Zeit, in der Menschen Wurzeln schlägen und dann auch eher bereit seien, in der Region zu bleiben.

2. Stellschraube: Unterstützung

Die Situation sei in Krankenhäusern deshalb weniger dramatisch als bei niedergelassenen Ärzten, weil sich Kliniken ganz gezielt ärztliches Personal aus dem Ausland zur Unterstützung holten, erklärte Windhorst. Jedoch wandte Meunier ein, dass diese Ärztinnen und Ärzte in ihrer Heimat ebenso gebraucht würden. Ein rumänischer Arzt, der daheim pro Patient einen Euro verdiene und einmal nach Deutschland gekommen sei, gehe allerdings

verständlichweise nur ungern zurück. Auch wegen Sprachbarrieren sah er in einer Kompensation der Ärztelücke durch ausländische Kräfte keine Lösung.

3. Stellschraube: Attraktivität

Was kann Jungmedizinerinnen und -mediziner überzeugen, sich mit einer Hausarztpraxis niederzulassen? Um diese zentrale Frage drehte sich die Diskussion immer wieder. „Das Honorar ist okay“, meinte der Kölner Hausarzt Dr. Axel Kottmann ebenso wie Ruiss. Vielfach wurde auch das Aktionsprogramm „Hausärztliche Versorgung“ der Landesregierung gelobt. Dieses stellt denen, die sich als Hausärzte im ländlichen Raum niederlassen, 50.000 Euro Förderung in Aussicht und fördert daneben auch Weiterbildungen. Aber: „Wenn Sie jemanden wie mir, um die 50, mit Frau und Kindern, 50.000 Euro in die Hand drücken, werden Sie ihn niemals zum Wohnortwechsel bewegen“, stellte Kottmann klar. Auch Zimmer meinte, die Niederlassung an einem Ort sei eine lebenslange Entscheidung, sie trage doppelt so lange wie eine durchschnittliche Ehe. Man entscheide sich mit einer Praxisniederlassung zugleich, dort alt zu werden.

Eine andere finanzielle Frage sei aber schon relevant, gab Kottmann zu bedenken: Für junge Ärzte sei die Selbstständigkeit absolut unattraktiv. „Ich nehme nicht 100.000 Euro in die Hand und gucke dann, was passiert.“

Rolle der Kommunen

Einige Sachverständige sahen Chancen, dass die Kommunen daran mitwirken könnten, Hausärztinnen und -ärzte zu überzeugen, sich bei ihnen vor Ort niederzulassen. Von der Osten etwa sprach davon, dass die Kassenärztliche Vereinigung entsprechende Medizinerinnen und Mediziner in puncto Niederlassung intensiv berieten, aber erst in einem Gesamtpaket gemeinsam mit der Kommune die besten Erfolge erziele. Stellschrauben der Kommunen sah er in Angeboten für Kinderbetreuung oder der Frage, ob Praxisräume zur Verfügung gestellt werden könnten. Windhorst sprach von einer gezielten Willkommenskultur, die seitens der Kommune gegenüber dem ärztlichen Nachwuchs notwendig sei. Ebenso wichtig sei es bei solchen Lebensentscheidungen, dass zum Beispiel für die Kinder alle weiterführenden Schulen zur Verfügung stünden, ergänzte Meunier. Allein diese Faktoren, meinte Dr. Anne Bunte vom Gesundheitsamt Köln, könnten es aber auch nicht richten: Köln gelte als attraktiv für junge Familien, habe alle relevanten Standortfaktoren – und trotzdem gebe es in manchen Stadtteilen Nachbesetzungsprobleme. Kommunen müssten maßgeschneider-



te Profile für den Einzelfall anbieten, forderte Zimmer. Auch die Lebenspartnerin oder der Lebenspartner müsse mitbedacht werden und in der Kommune eine Zukunft haben: „Es kann nicht sein, dass einer in Münster und einer in Düsseldorf arbeiten muss.“

Die Gewährleistungsverantwortung für eine ausreichende ärztliche Versorgung liege bei der Kassenärztlichen Vereinigung und solle auch da bleiben, betonte Dr. Kai Zentara, der für die Kommunalen Spitzenverbände sprach. Wo immer möglich, würden Kommunen gern ergänzend tätig, aber das habe Grenzen: Eine Gewährung von geldwerten Vorteilen sah er kritisch. Denn ein solcher Wettbewerb unter den Kommunen bringe alle in Zugzwang und treibe die Preise für die – selbst klammen – Kommunen hoch.

Entlastung

Ein weiterer Ansatzpunkt, um hausärztliches Personal zu finden und den Beruf attraktiver zu machen, bezog sich auf Entlastungsmöglichkeiten im Arztberuf. Immer wieder sprachen Sachverständige die Möglichkeit an, bestimmte Handlungen an anderes qualifiziertes medizinisches Personal zu delegieren. Allerdings problematisierte beispielsweise Dr. Peter Potthoff von der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein, dass man zwar viele Versorgungsassistenten ausgebildet habe, sie aber nur in unterversorgten Gebieten einsetzen dürfe. Da die Definition von „unterversorgt“ einen erheblichen Aufwand bedeute, forderte er, diese Beschränkung aufzuheben. Ruiss plädierte für eine Landesförderung bezüglich arztentlastender Tätigkeiten. Generell kranke es nicht an Ideen auf diesem Gebiet, sondern an einer zögerlichen bis ausbleibenden Umsetzung, meinte Meunier.

Arbeitszeit

Zu den Dienstzeiten erklärte der Ärztevertreter: Vor allem die häufigen Bereitschaftsdienste seien es, die junge Menschen vom Hausarztberuf abschreckten. Windhorst hingegen hielt die Zeiten dank der Notfalldienstregelungen für relativ geregelt. Auch Kottmann bestätigte, die Honorarverordnung lasse es zu, Dienstzeiten zu verkürzen und – Beispiel Gemeinschaftspraxis – trotzdem annähernd gleichviel zu verdienen. Den Arbeitszeitmangel bekämen dann allerdings die Patientinnen und Patienten zu spüren, verwies er auf lange Wartezeiten.

Vor dem Hintergrund, dass die Zukunft des ärztlichen Personals aus seiner Sicht weiblich sei, sei über Arbeitszeiten ohnehin noch einmal ganz neu nachzudenken, verwies Zimmer auf einen etwaigen Zwei-Drittel-Anteil von Frauen an der Medizin-Studentenschaft.

In einer Gesellschaft, die auch noch andere Prioritäten als Arbeit habe, sei eine Wochenarbeitszeit von 37 Stunden für Frauen im Zusammenhang mit Kindererziehungszeiten nicht zumutbar. Da müsse man eher über 27 Stunden pro Woche reden.

Teams bilden

Eine große Chance sahen einige Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen Gründen in der Bildung von Teams. Vorschläge reichten von der bereits genannten Gemeinschaftspraxis über Versorgungszentren bis hin zu regionalen multiprofessionellen Teams, die sowohl ärztliche als auch pflegerische Versorgung gemeinsam bewältigen könnten. Von der Osten regte beispielsweise an, Versorgungszentren nicht an fachärztliche Aspekte zu knüpfen,

sondern auch rein hausärztliche Zentren zu schaffen. Gemeinsam könne eine Dienstzeit von 7 bis 21 Uhr ermöglicht werden, ohne einzelne Kolleginnen oder Kollegen zu überlasten, erläuterte Meunier. Aus Schleswig-Holstein berichtete Dr. Wolfgang Wodarg, dass es dort bereits heute erfolgreiche Projekte zur kostenträgerübergreifenden Integration der für die Versorgung notwendigen Angebote in ländlichen Regionen gebe. Solche regionalen Vereinbarungen könnten eine hausärztlich-pflegerische Grundversorgung abdecken. Eine Arbeit in diesen Modellen fördere auch einen frühen Austausch der unterschiedlichen Professionen untereinander. Auch Weiterbildung lasse sich an solchen Zentren ansiedeln.

Für eine generelle Umsteuerung hin zu einer multiprofessionellen Versorgung sprach sich Prof. Dr. Doris Schaeffer aus. Die Bielefelder Gesundheitswissenschaftlerin betonte, dass die Notwendigkeit einer solchen Entwicklung längst bekannt sei, nur nicht vollzogen werde. Und in der Pflege sei der Fachkräftemangel noch massiver als in der Medizin. *sow*



Fotos: Schälte



„Landtag Intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.

Schlag auf Schlag

Auf diesen Seiten beziehen die Fraktionen zum Schwerpunktthema Stellung.



Ärztinnen und Ärzte sind oftmals die Schnittstelle zwischen Mensch und Gesundheit. Um auch in Zukunft eine bedarfsgerechte, wohnortnahe hausärztliche Versorgung sicherzustellen, ...

... müssen wir vor allem für junge Medizinerinnen und Mediziner Anreize schaffen, die das Hausarztmodell attraktiver machen. Der Allgemeinmediziner ist als Lotse durch die medizinische Versorgung wichtiger denn je. Alles ist komplexer geworden. Das macht das Hausarztmodell umso unverzichtbarer. Wir brauchen den Doktor des Vertrauens im Quartier, im Dorf, in der Stadt, quasi den „Universalist“, der den Menschen ganzheitlich sieht. Um dafür den ärztlichen Nachwuchs zu begeistern, brauchen wir weitergehende Finanzierungsmodelle und Abrechnungsmodi und Projekte wie Eva, die „Entlastende Versorgungsassistentin“, um die drohende Unterversorgung abzufedern.

... ist es wichtig, bereits bei der Medizinerausbildung anzusetzen und genügend Studienplätze zu schaffen. Das Interesse junger Menschen am Medizinstudium ist nach wie vor groß. Die Landesregierung muss darauf mit zusätzlichen Studienplätzen reagieren. Die CDU-Fraktion hat mit der Initiative „Wir wollen den Arzt vor Ort“ ein Konzept entwickelt, um eine ortsnahe, allgemeinmedizinische Versorgung künftig umfassender sicherzustellen. Vor allem junge Ärztinnen und Ärzte müssen durch attraktive Anreize motiviert werden, sich in Gebieten niederzulassen, die bereits jetzt vom Ärztemangel bedroht sind oder es bald sein werden.

Neben der ambulanten Versorgung stellt auch die Sicherung der stationären Versorgung eine Herausforderung dar. Um ausreichendes und gutes Personal für die Krankenhäuser zu gewinnen und auch zu halten, ...

... ist es unerlässlich, dass das pflegerische und medizinische Personal endlich die gesellschaftliche Wertschätzung erfährt, die seiner Verantwortung gerecht wird. Dazu gehören eine entsprechende Entlohnung, akzeptable Arbeitsbedingungen, die auch junge Menschen anspornen, sich für „Rund-um-die-Uhr-Berufe“ zu entscheiden. Auch hier gilt: Arbeitsbedingungen müssen sich hinsichtlich Arbeitszeit und Flexibilität am Lebensalltag orientieren. Dazu gehören unter anderem familienfreundliche Angebote wie Kinderbetreuung oder Freistellungsmöglichkeiten, um den Anforderungen in der Familie ebenfalls gewachsen zu sein.

... müssen alle Tätigkeiten im Bereich der medizinischen Versorgung und Pflege mehr Wertschätzung erfahren. Dazu gehören neben einer angemessenen Vergütung auch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowohl für medizinische als auch für pflegerische Fachkräfte. Die Unterstützung durch ausländische Fachkräfte ist ausdrücklich zu begrüßen. Hierfür muss die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse dringend vereinfacht und beschleunigt werden.

Auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels wäre ein Fachkräftemangel in medizinischen Berufen fatal. Um dem vorzubeugen, ...

... ist es wichtig, die bereits im Gesundheitswesen arbeitenden Fachkräfte zu halten und neue zu binden. Dafür sind unterschiedliche Stellenmodelle und Arbeitsangebote vonnöten. Es braucht viele Maßnahmen, um das vorhandene Personal zu stärken und nicht nur eine alleinige Zuwanderung von Fach- und Pflegekräften aus dem Ausland. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, das hohe Niveau des Gesundheitswesens gerade mit Blick auf die demografische Entwicklung zu sichern. Da sind Arbeitgeber, Verbände und Staat gleichermaßen in der Verantwortung. Wir brauchen eine „Behaltekultur“, für die bereits Beschäftigten, und für den Nachwuchs eine „Willkommenskultur“.

... müssen wir die Ausbildung von ausreichend medizinischen Fachkräften sicherstellen. Auch die Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland kann dazu beitragen, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Zudem muss der Telemedizin ein größerer Stellenwert eingeräumt werden. Sie ermöglicht es, unter Einsatz audiovisueller Kommunikationstechnologien trotz räumlicher Trennung Diagnostik, Konsultation und medizinische Notfalldienste anzubieten. Dies wird in Zukunft vor allem im ländlichen Raum ein wichtiger Bestandteil der medizinischen Versorgung sein. Pflegebedürftigkeit muss durch Prävention und Rehabilitation so lange wie möglich vermieden werden.



Diesmal zum Thema hausärztliche Versorgung.



... müssen wir erreichen, dass sich wieder mehr Medizinerinnen und Mediziner hierfür entscheiden. Neue Arbeitszeit- und Kooperationsformen sind notwendig, mit denen sie Beruf, Familie, Pflege und Freizeit vereinbaren können. In Zukunft werden daher alternative Kooperationsformen und neue Niederlassungsmodelle wichtig sein, wie auch die Möglichkeit, im Angestelltenverhältnis tätig zu sein. Aufgabe wird es sein, die Sicherstellung einer flächendeckenden, zugänglichen, wohnortnahen ärztlichen, pflegerischen und psychosozialen Versorgung auch in ländlichen und strukturschwachen Regionen sowie in sozial benachteiligten Stadtteilen sicherzustellen.

... ist die Zufriedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wichtig. Motivierende und gesunde Arbeitsbedingungen sowie eine angemessene Personalausstattung in den Krankenhäusern sind hierzu wichtig. Zunehmende Arbeitsverdichtung und ein massiver Personalabbau insbesondere in der Pflege gefährden die Versorgungsqualität. Daher muss der Bund die Rahmenbedingungen zur Finanzierung – vor allem – des Pflegepersonals in den Krankenhäusern verbessern. Eine neue Personalbemessung ist notwendig, bei dem der Personalbedarf aus dem Pflegebedarf der Patientinnen und Patienten bemessen und sichergestellt wird, dass die vorgesehenen Mittel in der Pflege ankommen.

... ist bereits durch Rot-Grün die Zahl der Medizinstudienplätze um zehn Prozent erhöht worden. 2011 bis 2015 werden jährlich rund 200 zusätzliche Medizinstudierende aufgenommen. 50 Millionen Euro stellt das Land hierfür bereit. Weitere Studienplätze werden im Rahmen einer Kooperation zwischen der Uni Bochum und den Kliniken in Ostwestfalen-Lippe eingerichtet. Gleichzeitig wollen wir die Studierenden auch für eine hausärztliche Tätigkeit interessieren und die Allgemeinmedizin in der Ausbildung stärken. Um die Ärztinnen und Ärzte auch für den ländlichen Raum zu gewinnen, bietet das Programm „Hausärztliche Versorgung“ diverse Fördermöglichkeiten.



... brauchen wir vor allem weiterhin motivierte und engagierte Ärzte. Deswegen ist es wichtig, attraktive Bedingungen für die Niederlassung zu schaffen. Das von der FDP im Bund auf den Weg gebrachte Versorgungsstrukturgesetz beinhaltet schon wichtige Schritte. Durch den Wegfall der Residenzpflicht können Ärzte nun frei entscheiden, wo sie leben möchten, und sind nicht mehr gezwungen, am Praxisstandort zu wohnen. Ebenso wurden die Möglichkeit einer bis zu zwölfmonatigen Praxisvertretung und die Option der Eröffnung von Teilzeitpraxen geschaffen. NRW braucht eine Bedarfsplanung, die regional verankert ist und Flexibilität gewährt.

... muss die Familienfreundlichkeit der Krankenhäuser weiter verbessert werden. Dazu hat die FDP schon in der Vergangenheit Initiativen in den Landtag eingebracht. Viele Kliniken bieten bereits attraktive und flexible Arbeitszeitmodelle und Unterstützung bei der Kinderbetreuung an. Zudem benötigen Beschäftigte im stationären Bereich gesundheitsfördernde und weniger belastende Arbeitsbedingungen. Dazu gibt es in Krankenhäusern in NRW bereits gute Projekte – einige Kliniken bieten zum Beispiel Ausgleichssport oder eine 24-Stunden-Hotline an, die Mitarbeiter, deren psychische Belastung häufig sehr hoch ist, kontaktieren können.

... ist es notwendig, die Wertschätzung für die Menschen in pflegerischen und medizinischen Berufen, die wichtigen Dienst in unserer Gesellschaft leisten, zu erhöhen. Die Ausbildung für Pflegeberufe muss generalisiert werden. Die Akademisierung zu fördern, ist sinnvoll – aber als Weiterbildung bereits ausgebildeter Pflegekräfte, nicht als Zugangsvoraussetzung. Um dem Ärztemangel im ländlichen Raum entgegenzuwirken, ist es notwendig, dass ein Medizinstudium mit guten Studienbedingungen in allen Landesteilen möglich ist. Damit die Studierenden wirklich im Arztberuf ankommen, müssen die Abbrecherquoten auf ihre Ursachen untersucht werden – hier ist Rot-Grün gefordert.



... muss der detaillierte Bedarf ermittelt und berücksichtigt werden. Die Anzahl der Ärzte lediglich pauschal für große Regionen zu planen, reicht nicht mehr aus: Auch die Bedürfnisse in den Vierteln und Stadtteilen müssen berücksichtigt werden. Nur dann kann mit Blick auf die unterschiedlichen Altersstrukturen eine bedarfsgerechte Versorgung vor Ort sichergestellt werden. Lediglich die sogenannten Alten-Wohngemeinschaften ins Leben zu rufen, ist zu wenig. Im hohen Alter ist häufig eine intensive Betreuung notwendig, die nur mit gut ausgebildetem Fachpersonal und einem angemessenen Betreuungs- und Fachkräfteschlüssel zu gewährleisten ist.

... müssen vor allem die Gesundheitsfachberufe attraktiver gestaltet werden. Es sind die schlechte Bezahlung und der enorme Stress bei enorm hoher Verantwortung, die viele dieser Berufe für die meisten Menschen unattraktiv machen. Da die Rund-um-die-Uhr-Pflege immer wichtiger wird, müssen wir endlich anfangen, unser Pflegepersonal wirklich zu unterstützen und die Ausbildung zu fördern. Ein weiteres großes Problem ist die verstärkte Unverträglichkeit von Familie und Beruf, die die meisten pflegenden Berufe mit sich bringen. Für dieses Problem wären z. B. Betriebs-Kindertagesstätten mit an den Arbeitszeiten angepassten Öffnungszeiten eine Lösung.

... muss mehr in die Ausbildung der Altenpflege investiert und die Altenpflege selbst finanziell besser ausgestattet werden. Fehlt uns gut ausgebildetes Personal, riskieren wir, dass die durchschnittliche Lebenserwartung wieder sinkt. Dies gilt es, in jedem Fall zu verhindern. Wir müssen jetzt die Weichen für morgen stellen. Der Gesellschaft bleibt gar nichts anderes übrig, als die Pflege immer stärker finanziell zu unterstützen, wenn wir ein würdevolles Altern und Sterben ermöglichen wollen, was heutzutage schon immer seltener wird. Je länger wir warten, um so schlimmer wird die Notlage.



Laufende Gesetzgebung

Drucksache	Gesetz/Initiator	Federführender Fachausschuss	(Geplante) Beratungsschritte
16/5788	Änderung des Ausführungsgesetzes zum Sprengstoffgesetz, LR	Vorschlag: Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales	1. Lesung 4.6.2014
16/5774	Änderung des Gesetzes über die Sicherung und Nutzung öffentlichen Archivguts, LR	Kulturausschuss	Ausschuss 26.6.2014
16/5751	Förderung kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion, SPD, GRÜNE	Ausschuss für Schule und Weiterbildung	Anhörung 26.6.2014
16/5747	Wissenschaftsgesetz NRW, PIRATEN	Forschungsausschuss	Anhörung 18.6.2014
16/5745	Änderung des Abgeordnetengesetzes, PIRATEN	Hauptausschuss	Ausschuss 26.6.2014
16/5743	Abschaffung der Quoren bei Bürgerentscheiden, PIRATEN	Ausschuss für Kommunalpolitik	in Beratung
16/5546	Einrichtung der Ethikkommission für Präimplantationsdiagnostik, LR	Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales	Ausschuss 18.6.2014
16/5545	Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundesausbildungsförderungsgesetz, LR	Ausschuss für Schule und Weiterbildung	Ausschuss 25.6.2014
16/5474	Stärkung der Partizipation auf Kommunalebene, PIRATEN	Ausschuss für Kommunalpolitik	Anhörung beschlossen
16/5413	Regelung des Vollzugs der Freiheitsstrafe und zur Änderung des Jugendstrafvollzugsgesetzes, LR	Rechtsausschuss	Anhörung 25.6.2014
16/5412	Änderung des Krankenhausgestaltungsgesetzes, LR	Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales	Anhörung beschlossen
16/5410	Hochschulzukunftsgesetz, LR	Wissenschaftsausschuss	Anhörung 18.6.2014
16/5293	Änderung des Kinderbildungsgesetzes und weiterer Gesetze, LR	Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend	2. Lesung 4.6.2014
16/5038	Änderung des Polizeigesetzes, CDU	Innenausschuss	Anhörung 16.9.2014

Drucksache	Gesetz/Initiator	Federführender Fachausschuss	(Geplante) Beratungsschritte
16/4950	Änderung des Landesmediengesetzes und des Telemedienzuständigkeitsgesetzes, LR	Ausschuss für Kultur und Medien	Ausschuss 26.6.2014
16/4819	Ausbau des Kinderschutzes, CDU/FDP/PIRATEN	Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales	Ausschuss 18.6.2014
16/4824	Vorlage einer verbindlichen Finanzplanung bis 2020, CDU	Haushalts- und Finanzausschuss	in Beratung
16/4774	LBS Westdeutsche Landesbausparkasse, LR	Haushalts- und Finanzausschuss	Abschluss im Ausschuss 26.6.2014
16/4443	Aufhebung des Tariftreue- und Vergabegesetzes, FDP	Wirtschaftsausschuss	in Beratung
16/4232	Gesetz über Immobilien- und Standortgemeinschaften, LR	Bauausschuss	2. Lesung 4.6.2014
16/4165	Offenlegung der Bezüge von Sparkassenführungskräften im Internet, PIRATEN	Haushalts- und Finanzausschuss	Abschluss im Ausschuss 26.6.2014
16/4157	Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes, CDU	Innenausschuss	in Beratung
16/4155	Regelung des Strafvollzuges in NRW, CDU	Rechtsausschuss	Ausschuss 25.6.2014
16/4151	Körperschaftsrechte für Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, alle Fraktionen	Hauptausschuss	in Beratung
16/3948	Nichtgewerbliches Halten gefährlicher Tiere wildlebender Arten, PIRATEN	Umweltausschuss	in Beratung
16/3388	Demografiefeste, teilhaborientierte Infrastruktur (GEPANRW), LR	Sozialausschuss	in Beratung
16/2723	Änderung des Bestattungsgesetzes, LR	Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales	Ausschuss 18.6.2014
16/2124	Wiederkehrende Straßenausbaubeiträge, CDU	Ausschuss für Kommunalpolitik	in Beratung
16/119	Änderung der Verfassung, PIRATEN	Hauptausschuss	in Beratung

LR = Landesregierung; Gesetzstitel zum Teil verkürzt

Abgeschlossene Gesetzgebung - aktuell im Plenum entschieden

Drucksache	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
16/5411	Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich der Ministerpräsidentin	Landesregierung	1. Lesung 9.4.2014 2. Lesung 14.5.2014	angenommen
16/5403	Änderung von landesrechtlichen Vorschriften	Landesregierung	1. Lesung 9.4.2014 2. Lesung 14.5.2014	angenommen
16/5230	Modernisierung des Verwaltungsverfahrensgesetzes	Landesregierung	1. Lesung 26.3.2014 2. Lesung 14.5.2014	angenommen

Ein Gesetzentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er von den zuständigen Fachausschüssen beraten. Im Internet finden Sie unter www.landtag.nrw.de ausführlichere Informationen.



Foto: Schälte

Kinderschutz versus Schweigepflicht

Weniger Datenschutz zum Wohle misshandelter Kinder?

22. Mai 2014 – Wie können Kinder besser vor Misshandlungen geschützt werden? Dieser Frage sind der Gesundheits- und der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend in einer gemeinsamen Expertenanhörung nachgegangen. Das Ergebnis: Einen eindeutigen Weg hin zu mehr Kinderschutz gibt es nicht. Selbst die Sachverständigen sind sich in ihren Einschätzungen nicht einig.

Grundlage der Anhörung war ein Gesetzentwurf ([Drs. 16/4819](#)) von CDU, FDP und PIRATEN, die den verfassungsrechtlich verankerten Schutz von Kindern durch eine Änderung des Heilberufsgesetzes erhöhen wollen. Ärztinnen und Ärzte sollen sich bei hinreichendem Verdacht auf Kindesmisshandlungen interkollegial austauschen dürfen.

Aus kinder- und jugendärztlicher Sicht wurde der vorliegende Gesetzentwurf ausdrücklich begrüßt. „Es wäre ein erster wichtiger Schritt zu mehr Rechtssicherheit“, sagte Dr. Ralf Kownatzki vom Landesverband Nordrhein des Verbandes der Kinder- und Jugendärzte. Bislang sei die rechtliche Situation beim interkollegialen Austausch für alle Ärzte, die Kinder mit Verdacht auf Misshandlungen behandeln, unzureichend und nicht eindeutig. Dies betreffe auch die Regelungen des Bundeskinder-

schutzgesetzes. In der Folge würden Diagnosen verschleppt und nicht frühzeitig genug gestellt. Ein weiterer Vorteil des Gesetzes könne sein, dass das sogenannte Doktorhopping erschwert würde. Eltern, die ihre Kinder misshandelten, wechselten häufig den Arzt, um nicht entdeckt zu werden. Ein intensiver Austausch des ärztlichen Personals untereinander würde diesen „Nutzen“ zunichte machen. Auch der Landesverband Westfalen-Lippe zeigte sich grundsätzlich einverstanden mit dem Gesetzentwurf und verwies darauf, dass sich Ärztinnen und Ärzte dann sicherer fühlten.

Genau diese Rechtssicherheit sahen allerdings nicht alle Sachverständigen gewährleistet. Das Ziel, insbesondere Kinderärzten bei der Weitergabe von Patientendaten mehr Sicherheit zu geben, sei zwar begrüßenswert. Mit dem Entwurf werde dies aber nicht erreicht, sagte Alfred

Oehlmann-Austermann für die beiden Landesjugendämter in NRW. Neben Formulierungen mit unbestimmten Rechtsbegriffen müssten Ärztinnen und Ärzte auch in Zukunft abwägen, ob durch ihre Datenweitergabe ein höherwertiges Rechtsgut geschützt werden könne. Und schon jetzt ermöglichten Berufsordnung und Strafgesetzbuch eine straffreie Datenweitergabe.

Darauf verwies auch Reiner Limbach für die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände. Unter bestimmten Voraussetzungen sei es bereits heute möglich, die ärztliche Schweigepflicht zu durchbrechen. Die Idee einer landesweiten Datenbank, in der sich Ärzte informieren und austauschen, könne mit dem Gesetzentwurf nicht realisiert werden, da dafür keine ausdrückliche Rechtsgrundlage geschaffen werde. Auch bestehe die Sorge, dass Eltern seltener mit ihren Kindern zur Ärztin oder zum Arzt gingen, wenn sie in einer solchen Datenbank erfasst würden. Den betroffenen Kindern erweise man damit einen Bärendienst. „Wir würden immer dem bilateralen Austausch den Vorzug geben“, sagte Limbach.

ANDERE AKTEURE

Eine deutlich ablehnende Position bezog die Landesarbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege: Der Gesetzentwurf sei nicht geeignet, den Kinderschutz in NRW zu verbessern, sagte Helga Siemens-Weibring. Eine Änderung des Heilberufsgesetzes in dieser Form trage dazu bei, Kinderärzte aus den berufsübergreifenden Netzwerken vor Ort auszugrenzen, obwohl sie dort mehr eingebunden werden müssten. Anstatt des Gesetzentwurfes wünsche man sich, dass der Bundesgesetzgeber die Kooperation zwischen Kinderärzten, Jugendhilfe und anderen Akteuren verbindlich absichere und finanziere. Ziel sei ein verlässlicher, regelmäßiger Austausch. Auch gelte es, die Fort- und Weiterbildung der Kinderärzte auszubauen.

Ebenfalls skeptisch zeigte sich der NRW-Landesverband des Deutschen Kinderschutzbundes. Immer wieder kam der Wunsch nach einem „großen Wurf“ in Form eines Kinderschutzgesetzes auf. Dies sei allerdings kein Gegenargument zum vorliegenden Entwurf, widersprach Sebastian Fiedler vom Bund der Kriminalbeamten. Die jetzt diskutierten Änderungen seien „seit Jahren extrem überfällig“, „absolut gut und richtig“. Fälle von Missbrauch, die bislang im Dunkeln blieben, könnten durch besseren ärztlichen Austausch ans Tageslicht gelangen.

Von positiven Erfahrungen des interkollegialen Informationsaustauschs berichtete Heinz Sprenger vom Duisburger Verein Riskid. Es sei zwar nur ein „ganz, ganz kleiner Schritt“, der aber Wirkung erziele: „Damit retten Sie einigen Kindern später das Leben.“ *Christian Wolf*



Aus den Fraktionen

Der flächendeckende Mindestlohn kommt

Der Mindestlohn von 8,50 Euro steht im Koalitionsvertrag der schwarz-roten Bundesregierung. Für viele Menschen bedeutet das mehr Geld auf dem Konto. „Vor einem Jahr wäre ein flächendeckender Mindestlohn in Deutschland noch unvorstellbar gewesen“, sagt Michael Scheffler (Foto), sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalens.

„Wir begegnen tagtäglich Menschen, die hart arbeiten für Löhne, die unanständig niedrig sind. Das untergräbt das Gefühl, dass es gerecht zugeht, und bringt damit den Zusammenhalt in unserem Land in Gefahr. Das neue Tarifpaket mit dem Mindestlohn wird dazu beitragen, dass Arbeit fairer bezahlt wird und einige Missstände beseitigt werden. Beispielsweise wird es nicht mehr im bisherigen Ausmaß notwendig sein, geringe Löhne durch Leistungen vom Staat aufzustocken.“

Der Entwurf der Bundesregierung ist inzwischen im Kabinett verabschiedet und wird derzeit in Bundestag und Bundesrat beraten. Wenn spätestens nach der Sommerpause alle Gremien zugestimmt haben, gibt es ab 2015 für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer grundsätzlich einen Anspruch auf mindestens 8,50 Euro pro Stunde. „Mit diesem Tarifpaket können wir einen gerechteren Weg in der Sozialen Marktwirtschaft einschlagen“, sagt Michael Scheffler. Bislang gibt es in Deutschland keinen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn.

Für den Abgeordneten zeige „das Beispiel des Arbeitnehmerentendegesetzes, wie wichtig Mindestlöhne sind und welche positiven Auswirkungen sie haben“. Mit dem Arbeitnehmerentendegesetz ist ein abgeschlossener Min-



destlohnvertrag für alle Arbeitsverhältnisse – auch für aus dem Ausland entsandte Arbeitnehmer – gesetzlich vorgeschrieben. Erst vor wenigen Tagen hat der Bundesrat so den Weg für einen allgemeinverbindlichen Mindestlohn in der Fleischwirtschaft freigemacht.

Er stimmte dem vom Bundestag beschlossenen Gesetz zur Änderung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes zu. Künftig soll keiner der bundesweit etwa 100.000 Beschäftigten in der Fleischwirtschaft weniger als 7,75 Euro in der Stunde verdienen. Diese Lohnuntergrenze soll bis zum 1. Dezember 2016 in drei Schritten auf 8,75 Euro ansteigen. ■



Einbrecherhochburg NRW – 86 von 100 Einbrüchen bleiben unaufgeklärt

Im Ländervergleich ist Nordrhein-Westfalen eine Einbrecherhochburg. Das geht aus der Antwort des Innenministerium auf eine Anfrage der CDU-Landtagsfraktion (Drs. 16/4253) hervor. So hat sich die Zahl der jährlichen

Wohnungseinbrüche in Nordrhein-Westfalen seit Amtsantritt von Innenminister Jäger um 10.000 auf 54.000 erhöht. Das Risiko, erwischt zu werden, ist hierzulande besonders gering. Von 100 Einbrüchen bleiben 86 unaufgeklärt.



In Nordrhein-Westfalen haben Diebe also nicht viel zu fürchten. Dies hat sich unter Kriminellen offenbar herumgesprochen. Dieser Zustand ist skandalös.

Nach Ansicht der CDU-Landtagsfraktion fehlt es Innenminister Jäger an einer konsequenten Gesamtstrategie, um dem Problem Herr zu werden. Der Minister setzt lieber auf Selbstinszenierungen als „Obersheriff“ durch reine PR-Aktionen wie dem so genannten

Blitzmarathon, statt sich um die wahrlich drängenden Probleme in unserem Land zu kümmern. Deshalb ist die Kriminalpolizei personell nicht in der Lage, der wachsenden Kriminalität zu begegnen. Schließlich ist der Personalbestand trotz Verdopplung der Einbrüche (im Vergleich zu 1980) konstant geblieben. Die Kriminalpolizei braucht eine bessere Personalausstattung. Zudem muss die Polizeiausbildung im Bereich der Bekämpfung von Einbruchskriminalität dringend verbessert werden. Doch hierzu ist von „Obersheriff“ Jäger nichts zu hören. ■





Die Hälfte der Eisenbahnbrücken in NRW ist dringend sanierungsbedürftig



Die Grüne Fraktion hat gemeinsam mit der Bundestagsfraktion das Ergebnis einer Kleinen Anfrage an die Bundesregierung vorgestellt: Knapp die Hälfte der Eisenbahnbrücken in Nordrhein-Westfalen ist in einem besorgnis-

erregenden Zustand. Insgesamt gibt es 4.369 Bahnbrücken in NRW. Davon haben 1.660 umfangreiche Schäden, 263 sind bereits so kaputt, dass sie nur noch abgerissen und neu gebaut werden können. Diese dramatische Bilanz ist damit nun erstmals öffentlich. Sie zeigt: Sollte es nicht zu umfangreichen Sanierungen bei den maroden Brücken kommen, drohen in den kommenden Jahren Sicherheitsmängel. Gleichzeitig müssen wir uns auf weitere Streckensperrungen in den kommenden Jahren einstellen.

Die Problematik ist der Bahn seit Jahren bekannt. Statt weiter Milliarden in prestigeträchtige Projekte wie Stuttgart 21 zu versenken, muss die DB endlich einen umfangreichen Sanierungsplan erstellen. Dieser sollte mit dem

Land, den Zweckverbänden und den Fahrgästen abgestimmt werden, um Beeinträchtigungen so gut wie möglich zu minimieren. Die DB Netz muss außerdem ihre Unternehmensgewinne in den Erhalt des Schienennetzes investieren, statt sie über die Bahn-Dividende in den Bundeshaushalt zu überführen. Das muss auch der Bund als Eigentümer der Bahn vorantreiben. Unser Grünes Ziel ist der Erhalt: Wir wollen die Verkehrsinfrastruktur erhalten, statt weiter auf Verschleiß zu fahren.

Die Ergebnisse der Kleinen Anfrage und eine Liste der besonders maroden Brücken gibt es auf der Homepage der Grünen Fraktion: <http://gruene.fr/bahn-bruecken>



FDP-Fraktion will Qualitätsanalyse transparenter gestalten

Die FDP-Fraktion setzt sich für beste Bildung für alle Schülerinnen und Schüler ein. Dazu gehört neben fairen Bedingungen für alle Schulformen und einer fundierten Lehreraus- sowie -fortbildung auch eine zeitgemäße Schulentwicklung. Die eigenverantwortliche Schule mit mehr Gestaltungs- und Entscheidungsfreiheiten ist nach Ansicht der FDP der richtige Weg. „Schulen können ihr Profil schärfen, etwa besondere Schwerpunkte bei musischer, sprachlicher oder naturwissenschaftlicher Förderung setzen. So kann individuellen Begabungen und Neigungen besser entsprochen werden“, erläutert Yvonne Gebauer, bildungspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion. Die Entwicklung der eigenverantwortlichen Schule macht aber auch eine vergleichbare und externe Evaluation der Schulqualität notwendig. Um die qua-

litative Entwicklung von Schulen zu unterstützen, wurde 2006 die verbindliche Qualitätsanalyse eingeführt. Dabei besuchen Qualitätsprüfer die jeweilige Schule und erstellen einen Bericht.

Gegenwärtig werden die Ergebnisse der Qualitätsanalyse weitgehend schulintern behandelt. „Die Qualitätsberichte, die Stärken und Schwächen der Schulen dokumentieren, stehen der Öffentlichkeit vielfach nicht zur Verfügung“, bedauert Gebauer. Die FDP setzt sich für mehr Transparenz ein. Zwar ist es sinnvoll, dass sich zunächst Schulgremien, Schulträger und Verwaltung mit den Ergebnissen befassen. „Die unverbindlich bestehende Möglichkeit einer



Yvonne Gebauer (FDP)

anschließenden Veröffentlichung der Qualitätsberichte ist jedoch unzureichend. Eltern und Öffentlichkeit haben einen Anspruch auf wirkliche Transparenz“, erklärt die Schulexpertin. Deshalb fordert die FDP, dass die Qualitätsberichte zukünftig verbindlich veröffentlicht werden. Der Datenschutz muss hierbei selbstverständlich strikt eingehalten werden. Zudem fordert die FDP die rot-grüne Landesregierung auf, einen neuen Bericht zur

landesweiten Qualitätsanalyse vorzulegen – der letzte Bericht ist aus dem Jahr 2009.



Diskussion Schule: Es gibt mehr als nur G8 oder G9 ...

Schon wieder ist das System „Schule“ in aller Munde: In der aktuellen Debatte um G8/G9 an Gymnasien will die Landesregierung den achtjährigen Bildungsgang (G8) verbessern. Die Entwicklung in anderen Bundesländern zeigt aber: Es gibt Alternativen zu G8. Wir stehen für eine Flexibilisierung von schulischen Bildungsgängen, um die individuelle Entwicklung und entsprechende Förderung der Schülerinnen und Schüler in den Mittelpunkt zu rücken. Ein G8 kann nicht allen Anforderungen an Gymnasien gerecht werden.

Der Arbeit des Runden Tisches der Landesregierung soll in keiner Weise vorgegriffen werden. Aber um ein vollständiges Bild zu erhalten,



Monika Pieper (PIRATEN)

müssen Fragen nach einer flexibleren Gestaltung des Gymnasiums beantwortet werden. Daher fordern wir ein Gutachten von der Landesregierung, das Umsetzungsmöglichkeiten von Alternativen untersucht und die Ergebnisse dem Landtag und der Öffentlichkeit vorlegt. Dazu reichen wir in diesem Juni-Plenum einen Antrag ein.

Um den Bildungsgang an Gymnasien weiterzuentwickeln, müssen wir die Möglichkeiten einer zeitlichen Flexibilisierung prüfen. Alternativen wären z.B. das parallele Angebot von G8 und G9. Oder das Konzept von 2004, welches G8 mit einer zweijährigen Oberstufe vorsieht. Auch eine flexible Sekundarstufe I mit individualisiertem Verlauf und

Eintritt in eine dreijährige Oberstufe nach dem 9. oder 10. Schuljahr wäre eine Alternative.

Wir stehen für einen Mix aus G8 und G9. Den Schülerinnen und Schülern soll ermöglicht werden, ihre Schullaufbahn individuell zu absolvieren. Jeder soll für sich entscheiden können, ob man das Abitur in acht oder neun Jahren erreichen will. Echte individuelle Förderung schließt unterschiedliche Lerngeschwindigkeiten mit ein. Dazu werden die Klassenverbände durch ein flexibles Kurssystem ergänzt und teilweise abgelöst. Auch ein jahrgangsübergreifender Unterricht ist hierbei in Betracht zu ziehen.



PIRATEN FRAKTION
IM LANDTAG NRW



+++Meldungen+++

Gerechtere Lehrerarbeitszeit

21.5.2014 – Im [Schulausschuss](#) haben Fachleute auf Antrag der FDP darüber beraten, wie die Lehrerarbeitszeit gerechter erfasst werden kann. Der Hintergrund: Lehrkräfte haben neben der einheitlichen Stundenzahl je nach Fächerkombination mehr oder weniger Korrekturstress. Hinzu kommen häufig ungleichmäßig verteilte Zusatz Tätigkeiten. Eine mögliche Lösung präsentierten die Leiter des Freiherr-vom-Stein-Berufskollegs in Minden. Das dort praktizierte Mindener Modell basiert demnach auf einem Zeitkonto, das neben den normalen Unterrichts- und Vorbereitungszeiten etwa auch Aufschläge für vorbereitungsintensive Fächer, Klausurkorrekturen oder zusätzliche Aufgaben wie Klassenfahrten vorsieht. Die Vereinigung der Korrekturfachlehrerinnen und -fachlehrer befürwortete ein solches Modell und bewertete die im FDP-Antrag vorgeschlagene Kommission zur Entwicklung eines Jahresarbeitszeitmodells als ersten wichtigen Schritt. Die DGB-Vertreterin Dorothea Schäfer hingegen kritisierte, dass das Mindener Modell rein quantitativ vorgehe. Vor allem löse es nicht das Grundproblem: „Die Arbeitszeit ist insgesamt zu hoch.“

Im Banne Karls des Großen

23.5.2014 – Die geplanten Veranstaltungen im Aachener Karlsjahr waren Schwerpunkt einer externen Sitzung des [Kulturausschusses](#) des Landtags im Internationalen Zeitungsmuseum der Stadt Aachen. Der Leiter des städtischen Kulturbetriebs, Olaf Müller, erläuterte den Abgeordneten, 1.200 Jahre nach dem Tod Karls des Großen seien Ausstellungen im Krönungssaal, im neuen Ausstellungshaus „Centre Charles-magne“ sowie in der Domschatzkammer geplant. Die Ausstellungs-Trias werde von Bundespräsident Gauck eröffnet. Zu weiteren Besonderheiten des Jahres zählt laut Müller in Aachen die Auszeichnung von Herman Van Rompuy, Präsident des Europäischen Rates, im Rahmen eines Programms der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit Ende Mai. Mit einer umfangreichen Veranstaltungsreihe wolle man zudem an „100

Jahre Erster Weltkrieg“ erinnern. Ende Juni lade dann das Bistum zur Aachener Heiligtumsfahrt ein. Die Pilgerfahrt findet alle sieben Jahre statt.

Virtuelle Bestellung, realer Stau

22.5.2014 – Über innerstädtische Verkehrsprobleme durch Lieferungen des Onlineversandhandels hat der [Verkehrsausschuss](#) auf Antrag der CDU beraten. Sie habe sich mehr Lösungs-

alternativen die Entwicklungen in der öffentlichen Verwaltung, insbesondere im Personal- und Bildungssektor, bei der öffentlichen Sicherheit und Rechtspflege sowie bei der Gesundheitsvorsorge in Krankenhäusern und Heilstätten. Für alle Bereiche gelte, so betonten einige der Fachleute, dass Bürokratieabbau helfen könne, Personal- und Verwaltungskosten zu optimieren. Konkret gehe es folglich darum, Verfahren zu vereinfachen, Strukturen zu überdenken und vermehrt IT-Programme einzusetzen.



Häftlinge flüchten in Essen und Schwerte

28.5.2014 – Am Vortag ist einem 27-jährigen Gefangenen aus der Justizvollzugsanstalt (JVA) Willich I während eines geplanten und begleiteten Besuchs bei seiner schwerkranken Mutter in Essen die Flucht gelungen. Das berichtete Justizminister Thomas

Kutschaty (SPD) den Mitgliedern des [Rechtsausschusses](#). Während des Besuchs habe sich der Gefangene mit seinem Bruder in einem angrenzenden Raum unterhalten, wobei die Bediensteten allerdings nur den Bruder hätten sehen können, jedoch das Gespräch der beiden gehört hätten. Nach einer Weile habe der Bruder erklärt, sein Gesprächspartner sei noch zur Toilette gegangen. Nach einigen Minuten hätten die Bediensteten allerdings nur noch eine leere Toilette vorgefunden. Bisher sei der Gefangene nicht gefasst worden, erklärte Kutschaty. Es falle ihm schwer, das Verhalten der Bediensteten nachzuvollziehen. Schließlich sei bei Ausführungen eine ununterbrochene Beobachtung des Gefangenen Pflicht.

Bereits am 24. Mai 2014 sei zwei Gefangenen der JVA Schwerte während eines Freigangs auf dem Hof durch blitzschnelles, akrobatisches Hinaufklettern, das an Spiderman erinnert habe, an einem zehn Meter hohen Gebäude und übers Dach der Sprung ins Freie gelungen, so der Minister. Sie seien aber dreieinhalb Stunden später wieder gefasst worden und befänden sich nun unter besonderen Sicherheitsvorkehrungen in anderen Strafanstalten. In der Folge des Ausbruchs gebe es bauliche Änderungen und verschärfte Sicherheitsvorschriften. Gleichzeitig sei der Fluchtversuch allen anderen JVAs auch im Bild übermittelt worden, damit diese mögliche eigene bauliche Schwachstellen beseitigen könnten.

vorschläge erhofft, kritisierte die Fraktion eine Vorlage des Ministeriums. Eine City-Maut lehnte sie zwar ab, beklagte aber zugleich, dass sich große Onlineversandhäuser der deutschen Steuer entzögen, so die CDU. Die PIRATEN verwiesen auf die Menschen, die auf einen solchen Lieferservice angewiesen seien. Die damit verbundenen Verkehrsprobleme seien in den einzelnen Städten unterschiedlich stark ausgeprägt, nähmen aber deutlich zu, so die GRÜNEN. Daher regten sie an, innerstädtische Transporte mithilfe von außerstädtischen Verteilzentren zu bündeln. Der Staat könne doch nicht bestimmen, was in welchen Fahrzeugen transportiert werde, wandte sich die FDP gegen diesen Vorschlag. Verkehrsminister Michael Groschek (SPD) betonte, dass man Mobilität, aber auch Klima- und Umweltschutz unter einen Hut bringen müsse. Er kündigte an, nach der Sommerpause eine Stellungnahme zur Verkehrs- und Städtebauentwicklung vorzulegen.

Öffentlicher Dienst 2030

22.5.2014 – Die Entwicklungen im öffentlichen Dienst in NRW bis zum Jahr 2030 waren Gegenstand eines Expertengesprächs in der [Enquetekommission](#) „Bewertung der Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte in NRW“. Themen waren unter



Israel-Tag 2014



Am 14. Mai wurde bundesweit in vielen Städten der Gründung des Staates Israel gedacht. Kunst und Kultur, Wirtschaft und Politik präsentierten sich bei dieser Gelegenheit und luden zum Kennenlernen Israels auf unkomplizierte, aber informative Weise ein. So nutzte auch der Landtag Nordrhein-Westfalen die Möglichkeit, sich und die Parlamentariergruppe NRW – Israel bei der Veranstaltung in Düsseldorf vorzustellen.

Auf Einladung des Vereins „I like Israel“ hat die Parlamentariergruppe die Veranstaltung in der Landeshauptstadt besucht. Dabei knüpfte die Delegation nicht nur Kontakte mit dem Jüdischen Nationalfonds, der Deutsch-Israelischen Wirtschaftsvereinigung oder der Arbeitsgemeinschaft Düsseldorf der Jüdisch-Christlichen Gesellschaft. Die Abgeordneten trafen am Rande der Veranstaltung auch mit dem Vorsitzenden des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden in Nordrhein, Dr. Oded Horowitz, dem Staatsminister a. D. Dr. Burkhard Hirsch, und dem Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf, Dirk Elbers, zu einem Gedankenaustausch zusammen.

Portrait: Dieter Hilser (SPD)

In seiner Stammkneipe „Brinkhoffs-Treff“ im Essener Osten ging man gnädig mit ihm um, als das von der Landesregierung verordnete Rauchverbot die Theke in Raucher und Nicht-raucher spaltete. Zwar flachsten einige Gäste („Du hast uns das eingebrockt“), doch der langjährige SPD-Landtagsabgeordnete [Dieter Hilser](#) erinnert sich: „Ich habe nicht richtig was abbekommen.“ Kein Wunder, befand er sich doch sozusagen auf heimischem Terrain. Die Essener Kneipe ist auch ein Treff seines SPD-Ortsvereins, dem er seit Anfang der 80er-Jahre angehört. Nach einer Ochsentour durch die Partei und die Kommunal- und Landespolitik ist Hilser heute Vorsitzender des Ausschusses für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr im Düsseldorfer Landtag.

Anfang 1980 stellten sich die entscheidenden Weichen für Hilser. Seine berufliche Laufbahn hatte ihn vom Schwarzwald nach Essen verschlagen. Hilser, der in dem beschaulichen Ort Triberg 1953 geboren wurde und anschließend in Freiburg sein Studium der Volkswirtschaft abgeschlossen hatte, lockte 1982 eine Referenten-Stelle bei der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) nach Essen. Bereits während des Studiums hatte er Kontakte zur GEW-Hochschulgruppe geknüpft, und zwar so erfolgreich, dass er auf deren Ticket in Freiburg zum AStA-Vorsitzenden gewählt wurde.

Die Gewerkschaftsarbeit bestimmte in Essen zunächst weiterhin sein Leben. Die ersten Wochen lebte er mit seiner Frau Annette in einem Schwesternheim. Sie war ihm ins Ruhrgebiet gefolgt und hatte eine Anstellung im Krankenhaus gefunden. Später zogen die Hilsers in die Großsiedlung Bergmannsfeld im Essener Osten, die damals der landeseigenen LEG gehörte. Sehr bald wurden ihm die Probleme der Mieter nahe gebracht. Er engagierte sich bald darauf im Mieterbeirat.

Wenige Jahre später engagierte sich Hilser stärker als bisher auch parteipolitisch. In die SPD war er bereits 1975 eingetreten. So richtig aktiv wurde er allerdings erst 1988 in seinem Essener Ortsverein. In dem von Arbeitern geprägten Stadtteil unternahm er in der damaligen SPD-Hochburg seine ersten politischen Gehversuche. Sechs Jahre später wurde er zum Ortsvereinsvorsitzenden gewählt, im gleichen Jahr kandidierte er für den Essener Stadtrat. Intern entschied er die Kandidatur für sich mit 80 zu 47 Stimmen. „Solche Ergebnisse vergisst man nicht“, sagt Hilser.

Zu dieser Zeit lebte er bereits mit seiner Familie, inzwischen waren Sohn und Tochter auf der Welt, in einem kleinen Reihenhaus im Essener Osten. Die junge Familie hatte sich im Ruhrgebiet eingelebt. In den Ferien zog es die Hilsers in die Tiroler Berge zu Klettertouren. Seine Frau war und ist stets mit von der Par-



tie. Seine Kinder waren, so glaubt der Politiker, damals wohl nicht immer so begeistert. „Meine Tochter meidet heute Berge“, scherzt Hilser.

Im Essener Rat widmete er sich zunächst dem Wohnungsbau, ab 1998 leitete er den Finanzausschuss der Stadt. Inzwischen waren die Zeiten für die SPD nicht einfacher geworden. „Es gab immer weniger zu verteilen“, beschreibt Hilser die Lage. Im Jahr 2000 sei er ermuntert worden, für den Landtag zu kandidieren. Hilser holte den Wahlkreis auf Anhieb mit mehr als 50 Prozent der Stimmen als Direktkandidat.

Als Neuling im Düsseldorfer Landtag blieb er seinen Themen treu und wurde in den Bauausschuss entsandt. Jahre später wurde der Verkauf der LEG-Immobilien von der schwarz-gelben Landesregierung vorangetrieben – da schloss sich für Hilser wieder ein Kreis. Den Verkauf konnte seine Partei in der Opposition zwar nicht verhindern, doch, da ist sich Hilser sicher: „Die LEG-Debatte war ein Mosaikstein, der dazu beitrug, die damalige Landesregierung abzulösen.“

Sozusagen an der Heimatfront in Essen hat der Landtagsabgeordnete die Bodenhaftung nicht verloren. Im letzten Jahrzehnt gab es viele Baustellen für den Sozialdemokraten, der seit 2003 SPD-Chef der viertgrößten Stadt im Lande ist. Schlechte Wahlergebnisse hatten für Unzufriedenheit unter den Genossen gesorgt. Der bescheiden wirkende Hilser, dem man auf den ersten Blick keine markigen Sprüche zutraut, hat es offenbar auf seine Weise geschafft, den Laden zusammen zu halten. Und darauf ist der Wahl-Essener stolz.

Den Bezug zu seinem Geburtsort Triberg hat Fussball-Fan Hilser übrigens nie abreißen lassen. In seiner Stammkneipe gehört er zwar eher symbolisch dem Fan-Klub der TSG 1899 Hoffenheim an und sein Herz schlägt natürlich für Rot-Weiß Essen. Aber: Mitglied ist er immer noch im FC Triberg. Es ist der Verein, für den er als 16-Jähriger in der Schwarzwald-Auswahl spielte. „Ein Stück des Kunstrasens neben der Eckfahne gehört mir“, scherzt FC-Triberg-Sponsor Hilser. Als Politiker muss man eben flexibel sein.

Heinz Tutt

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen Carina Gödecke
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur), Sonja Wand (sow, stv. Chefredakteurin), Daniela Braun (bra, Redakteurin), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion)
Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2304 (sow), 884-2107 (bra), 884-2309 (bs), Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Marc Herter (SPD), Lutz Lienenkämper (CDU), Sigrid Beer (GRÜNE), Christof Rasche (FDP), Nicolaus Kern (PIRATEN), Pressesprecher/-innen: Frank Uferkamp (SPD), Axel Bäumer (CDU), Stefanie Kaufmann (GRÜNE), Wibke Op den Akker (FDP), Ingo Schneider (PIRATEN).

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:
Druckservice Duisburg
Medienfabrik GmbH & Co. KG

Internet-Adressen: www.landtagintern.de,
www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend
hergestellt, chlorfrei gebleichtem
Papier gedruckt.



Weitere Hinweise

www.landtagintern.de

Geburtstage

4. Juni bis 1. Juli 2014

4.6. Rasche, Christof (FDP)	52
6.6. Herter, Marc (SPD)	40
7.6. Preuß-Buchholz, Iris (SPD)	57
8.6. Klöpffer, Rita (CDU)	70
8.6. Wedel, Dirk (FDP)	40
11.6. Fehring, Hubertus (CDU)	64
11.6. Kossiski, Andreas (SPD)	56
12.6. Feuß, Hans (SPD)	62
12.6. Kraft, Hannelore (SPD)	53
12.6. Kutschaty, Thomas (SPD)	46
16.6. Post, Norbert (CDU)	62
19.6. Lux, Eva (SPD)	56
21.6. Dr. Stamp, Joachim (FDP)	44
23.6. Fortmeier, Georg (SPD)	59
23.6. Wirtz, Axel (CDU)	57
28.6. Marsching, Michele (PIRATEN)	36
30.6. Bas, Ali (GRÜNE)	38

Ehemalige Abgeordnete – besondere Geburtstage ab 70

7.6. Klütsch, Albert (SPD)	70
8.6. Altewischer, Doris (CDU)	85
10.6. Trinius, Reinhold (SPD)	80
13.6. Dr. Hüsch, Heinz Günther (CDU)	85
18.6. Recker, Bernhard (CDU)	75
30.6. Billmann, Reimund (CDU)	70

Verstorben

27.5. Inge Lagemann (SPD) MdL 1995-2005

Jugend-Landtag

Vom 4. bis 6. September 2014 sind beim sechsten Jugend-Landtag wieder Schüler, Auszubildende, Studierende sowie junge Berufstätige ab 16 Jahren eingeladen, auf den Stühlen der 237 Abgeordneten Platz zu nehmen. Die Kosten übernimmt der Landtag. Bewerbungen bitte bis zum 15. Juni 2014 bei den Landtagsabgeordneten. Kontakt: (0211) 884-2450, dorothea.dietsch@landtag.nrw.de sowie auf www.jugend-landtag.de.

NRW-Tag

Am 28. und 29. Juni präsentiert sich der Landtag auf dem NRW-Tag in Bielefeld. Am Niederwall gegenüber dem Neuen Rathaus können Besucherinnen und Besucher sich über die Arbeit des Landesparlaments, des Petitionsausschusses wie auch der einzelnen Fraktionen informieren. Auf einer Bühne stellen sich Abgeordnete und Regierungsmitglieder in Live-Interviews vor.

Landtagsandacht

Wie in jeder Plenarwoche haben Dr. Thomas Weckelmann, Beauftragter der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, und Dr. Burkhard Kämper, kommissarischer Leiter des Katholischen Büros, vor Beginn der Plenarsitzung am Donnerstag, 5. Juni 2014, zum Parlamentsfrühstück und zur anschließenden Landtagsandacht im Raum der Stille eingeladen.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Landesverfassung zum Mitmachen

Sie ist die Grundlage der demokratischen Struktur in NRW: die Landesverfassung. Nach etwa 60 Jahren steht nun der dritte Teil der Verfassung auf dem Prüfstand: Ist das Regelwerk noch zeitgemäß, oder sind Anpassung sinnvoll? Um diese Fragen zu beantworten, hat der Landtag eine Kommission eingesetzt. Ebenso ist Ihre Stimme gefragt, Ihre Meinung als Bürgerin oder Bürger.

Konkret geht es um die Themen Parlamentarismus und das Verhältnis von Abgeordneten und Landesregierung, um Bürgerbeteiligung, die Schuldenbremse, den Verfassungsgerichtshof und den Status der Kommunen. Wirken Sie an dem Diskussionsprozess mit, machen Sie selbst Vorschläge, geben Sie der Verfassungskommission eine Rückmeldung zu Ihren Überlegungen! Per Post, per Mail (verfassungskommission@landtag.nrw.de) oder über die Internetseite verfassungskommission.landtag.nrw.de können Sie das Gremium erreichen. Alle Informationen auf einen Blick erhalten Sie auch in einem neuen Info-Flyer, den Sie beim Landtag kostenlos bestellen können unter email@landtag.nrw.de oder telefonisch unter (0211) 884-2851.